

July 88

14. 6.

1972



10 Pf

Nr. 96

bochumer studenten zeitung universität bochum u. klinikum essen

Fit für den Profit - Sport im Kapitalismus

Seit zwei Semestern versucht eine Projektgruppe von kritischen Sportstudenten, die Situation des Sports in der BRD zu analysieren. Die bewußt aus dem gesellschaftsanalytischen Bereich ferngehaltene Sporttheorie entlarvt sich dabei als Ideologie, die den dialektischen Zusammenhang von Sport und Gesellschaft leugnet. Gerade aus diesem Zusammenhang ist die Einschätzung der Sportwissenschaft als unpolitische und daher die Selbsteinschätzung der Sportler als unkritische zu erklären - eine bekannte Tatsache, die durch eine gesellschaftskritische Betrachtung des Sports zunichte gemacht werden muß. Im folgenden werden Auszüge eines von der Projektgruppe erarbeiteten Papiers veröffentlicht, die in der nächsten Ausgabe der BSZ fortgesetzt werden. Es ist bei der Darstellung sinnvoll, nicht den Sport an sich zu betrachten, sondern seine Funktion in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen aufzuzeigen. Eine dem Papier vorangestellte Gesellschaftsanalyse fällt an dieser Stelle fort, da dies den Rahmen des Beitrags sprengen würde.

Funktion des Breitensport in der BRD

Finanzieller Aspekt
Oberstes Gebot ist Profitmaximierung auch im Sport! Mit Hilfe gezielter und massiver Werbung wird versucht, einen vergrößerten Kundenkreis für den Sportartikelmarkt zu gewinnen. Beweis: Im Laufe eines Jahres wurden 14,2 Millionen DM für Werbung im großen Stil aufgewandt.
Ergebnis: Seit dem Jahre 1969/70 und Beginn der Trimm-Aktion stieg der Umsatz der Sportartikelindustrie von 2,5 auf 3,8 Milliarden DM!

Auslese-Programme	
Capitol: 15.15, 17.45, 20.15 Uhr	15. 6.: Das Weigenlied vom Totschlag
22. 6.: Fluchtpunkt San Francisco	
Studio: 15.30, 18.00, 20.30 Uhr	15. 6.: Das Spiel ist aus
22. 6.: Erfolgswiederholung	Der Tod in Venedig

Für Sponsorfirmer wie Landesversicherungsanstalten steht ein rein materieller Aspekt im Vordergrund, wenn sie die Trimm-Aktion unterstützen - sie wollen später Krankengelder einsparen.
Das ist Geschäft mit der Gesundheit!

Im letzten dient Breitensport aber auch dem Staat in seiner Gesamtheit. Wenn eine sportbegeisterte Masse existiert, dann spielen auch die Kosten für die „Olympischen Spiele“ keine so große Rolle mehr. Wer sooft hört, daß Sport gesund und fröhlich macht, der sieht auch ein, daß Olympische Spiele sein müssen und zahlt gerne den „Olympia-Pfennig“ - das sind am Ende dann wohl 2 Milliarden Mark!

Psychologischer Aspekt-Motivation zu Leistung
Mit der Bereitstellung von Anlagen und Geräten für den Freizeit-Breitensport wird versucht, die einmal erworbene Leistungsbereitschaft der Arbeitnehmer auch im außerberuflichen Leben, d. h. in der

Freizeit, aufrecht zu erhalten. Es wird zwar von Erholung und Entspannung, Gesundheit und Ausgleich gesprochen aber durch die Hintertür kommt das Leistungsdenken und Erfolgsstreben wieder hinein. Was anderes sind denn Sportabzeichen? Trimmspirale - Dein Olympia und andere Wettbewerbe, als Versuche, die Sporttreibenden erneut zu Leistungsverhalten zu motivieren und ihnen, bei entsprechender Anpassung, einen ideellen Lohn, sprich Medaille-Abzeichen-Urkunde zu versprechen, die sie dann gegenüber anderen auszeichnen soll!

Damit werden Abweichungen von der Norm in der Leistungsgesellschaft, so gering wie möglich gehalten!

Gesundheitlicher Aspekt „Fit für den Profit“
Der Breitensport als Gesundheitsmacher steht im Dienste des Kapitals und seinen Interessen!

Für 60-70 Prozent der Sporttreibenden in der Freizeit, steht die Gesundheit an erster Stelle. Entweder will man sich gesund erhalten oder will es erst durch Sporttreiben werden.

Damit überschneiden sich die Interessen des einzelnen Individuums mit denen des „Kapitals“.

In der Freizeit werden die Symptome behandelt, nicht die Ursachen der gesundheitlichen Schädigungen!

Das ist billiger als die Beseitigung der gesundheitsschädlichen Bedingungen am Arbeitsplatz. Im kapitalistischen System wird nach dem Prinzip der Profitmaximierung gehandelt und die Aufwendungen für Sportstätten und Anlagen für Freizeitbetätigung werden in der Hauptsache, über Steuergelder, von den Betroffenen selbst bezahlt! Die Industrie - der Unternehmer - das Kapital, ist nicht betroffen. Hier werden weiterhin Arbeitsplätze angeboten, die durch Lärm, Schmutz, giftige Abgase, große Hitze und nervliche Belastung gesundheitsgefährdende Arbeit sind.
Fortsetzung auf Seite 3

Vor kurzem erregten sich die Rechten von der BSU, daß Geld für politische Zwecke vom AstA ausgegeben wird, unter anderem 60000 DM jährlich für die BSZ. Nun dürfte das Parteiorgan der BSU, der „Contrapunkt“, annähernd das gleiche kosten. Wie wird der wohl, kostenlos verteilt und mit Werbung auch nicht gerade überfüllt, finanziert? Zigtausend Mark aus Mitgliederbeiträgen? Von der CDU und (rechten) Teilen der SPD? Von letzterer wohl kaum; die kann noch nicht einmal ihre Jusos richtig finanzieren (oder will es nicht?! Vom Großkapital, das bereits offen zugesteht, bestimmte Studentengruppen zu unterstützen? LANG LEBE DAS KAPITAL!

Zerschlagung der Verfaßten Studentenschaft: Disziplinierung an der Hochschule

Nach Ansicht des NRW-Wissenschaftsministers Rau hat die Verfaßte Studentenschaft (VS) mit allen ihren Rechten keine Funktion mehr, da - wie er schreibt - das Hochschulgesetz (HSG) „die Mitwirkungsmöglichkeiten für Studenten wie nie zuvor“ erweitert habe. Diese Äußerung - angesichts der Streichungen des BAFÖG bei studentischen Streiks (siehe Fachhochschulstreiks) in ihrem Zynismus kaum zu überbieten -, ist allerdings nicht charakteristisch für die Person Rau, sondern für das, was in der BRD, sei es von CDU, sei es von SPD/FDP, an Bildungspolitik getrieben wird.

Der Anlaß

Die oben erwähnte Rau-Äußerung findet sich in einem Antwortbrief des WiMi an den AstA der PH Wuppertal. Da nämlich gemäß Gesamthochschulentwicklungsgesetz die PH Wuppertal in die Gesamthochschule Wuppertal überführt werden soll und der WiMi das Recht hat, für die Gesamthochschule (GH) eine vorläufige Satzung zu erlassen, fragte der PH-AstA an, ob Rau gedanke, die VS mit ihren Rechten in dieser Satzung zu verankern. Raus Antwort: Nein! Argumente: Mitwirkung sei durch das HSG gesichert; die GH Wuppertal solle bei ihren Beratungen über eine Satzung (die später die vorläufige des WiMi ablösen soll) „frei“ entscheiden können, ob sie eine VS wolle oder ob nicht.

Diese Argumente sind natürlich insofern lediglich vorgeschoben, weil angesichts der permanenten professoralen Mehrheiten in allen Gremien, die im Laufe des GH-Aufbaus vorgesehen sind, die VS mit ihren Rechten mit ziemlicher Sicherheit unter den Tisch fällt.

Diese klare Absichtserklärung hat Relevanz nicht nur für die GH-Neugründungen, sondern auch für die bestehenden Unis und damit die RUB.

Facharbeiter profitorientiert im Dienste der Unternehmer eingesetzt werden. (Das trifft so direkt natürlich nicht auf alle an der Uni vermittelten Qualifikationen zu!). Das heißt, die Hochschule muß einem weiteren Kreis als bisher geöffnet werden, und das ist auch der Hintergrund für die Garantie der „Chancengleichheit“, die sich dann allerdings - wird sie als Verwirklichung der Autonomie des Individuums ideologisch verkauft im Zusammenhang mit den anderen Maßnahmen der Bildungspolitik und angesichts der Sozialisationsbedingungen verschiedener Schichten als Geschwätz entlarvt.

Denn zum zweiten erfordert es die Unmöglichkeit im Kapitalismus, später benötigte Qualifikationen zu prognostizieren, was ja die Voraussetzung ist, um planen zu können,
(1) dem Hochschulabsolventen die Fähigkeit mitzugeben, umzulernen (Folge: Änderung der Studieninhalte) und
(2) ein Regelinstrumentarium beim Hochschulzugang und für die Zeit des Studiums einzubauen, wodurch die Lenkung der Studentenströme kurzfristig, je nach Arbeitskräftebedarf, möglich wird.



die Verfaßte Studentenschaft: einst gehätschelt...

die Asten noch Fahrten zur Berliner Mauer organisierten, das allgemeinpolitische Mandat außer Frage! - findet seine Entsprechung in anderen gesellschaftlichen Bereichen. Berufsverbote für Beamte und Angestellte im öffentlichen Dienst, Verbot der politischen Arbeit im Betrieb (Betriebsverfassungsgesetz) und die systematisch geschürte Baader-Meinhof-Hysterie zur Kriminalisierung aller Linken sind Punkte einer Entwicklung, in die die Verabschiedung der Notstandsgesetze ebenso hineingehört wie die erste Notstandsübung der Bürgerkriegsarmee „Polizei“ in den letzten Wochen. Das ist der historische und gesellschaftliche Rahmen, in den die Auflösung der Verfaßten Studentenschaft mit ihren Rechten einzuordnen ist.

Der AstA wird in den nächsten Tagen eine studentische Vollversammlung dazu einberufen. Anfang nächsten Semesters wird eine Urabstimmung stattfinden.

Für die Erhaltung der verfaßten Studentenschaft mit ihren Rechten als Mittel im Hochschulkampf! Für die Erhaltung des politischen Mandats! Gegen politische Unterdrückung in Ausbildung und Beruf!



... heute getreten

Zerschlagung der Verfaßten Studentenschaft voraussichtlich im Herbst!

Der juristische Mechanismus läuft so: Bekanntlich befinden sich die bestehenden Hochschulen mit ihrer Satzungsgebung (wie sie im HSG vorgeschrieben ist) im Verzug. Der WiMi hat nun das Recht, auch für die bestehenden Hochschulen Satzungen zu erlassen. Laut Beschlusses des WiMi (Besch ist Bürokrat im WiMi) fällt das Beitragshebungsrecht der VS flach. Der Satzungserlaß mit den entsprechenden Regelungen wird - nach Mäuschelinformationen - im Herbst erwartet.

Gründe

Der Grund für diese Maßnahmen liegt - wie oben bereits angedeutet - nicht in der Person Raus, sondern in den Notwendigkeiten kapitalistischer Bildungspolitik. Es ergab sich nämlich im Verhältnis der Hochschule zu den an sie gestellten gesellschaftlichen Anforderungen (bei uns letztlich die Anforderungen der Unternehmer und ihres Systems) eine Änderung:

zum einen kann die Hochschule nicht mehr nur Reproduktionsstätte der herrschenden Klasse sein (Stichwort: Abbau des Bildungsprivilegs). Und zwar aus dem Grunde, weil die Verwissenschaftlichung der Produktion eine große Anzahl akademischer Fachleute benötigt, die in unserer Gesellschaft später als akademische

Diese bloßen Regelmechanismen (s. HSG, BAFÖG, GHEG) reichen jedoch nicht aus!

Denn es gibt eine große und steigende Anzahl von Studenten, die aufgrund der Verschärfung und Analyse der Ausbildungssituation erkannt haben, wie und in wessen Interesse an der Hochschule ausgebildet wird und die den Kampf gegen diese Maßnahmen aufgenommen haben. Gegen diese auf eine emanzipatorische Interessenvertretung gerichteten - Aktivitäten sind zusätzlich Disziplinierungsmechanismen eingebaut worden: streikenden Studenten wird per BAFÖG-Streik-§ das Geld gestrichen; linke Studenten werden per Ordnungsrecht relegiert; und nicht zuletzt: die VS mit Beitragshebungsrecht (das die Unabhängigkeit gegenüber Uni- und Kultusbürokratie gewährleistet) und allgemeinpolemischen Mandat (denn: das Kapital formiert nicht nur den Hochschulbereich) soll verstümmelt werden zu einem - vielleicht juristisch noch „Verfaßte Studentenschaft“ genannten - Kadaver, der sich von der Uni-Bürokratie seine Flugblätter zensurieren lassen muß (sonst gibt's kein Geld!) und sich ab und zu - in nicht zu scharfer Form - zu den Problemen studentischen Wohnens äußern darf.

Das ist die wirkliche Intention, die Rau mit seinen Argumenten verschleiern will.

Dieser Schlag - gerichtet gegen die Linke an der Hochschule (beispielsweise stand zu der Zeit, als

Angriff der Rechten auf die ESG zurückgewiesen

Die ESG Bochum wird ihre Arbeit unverändert fortsetzen. Die Rechten konnten keines ihrer Ziele erreichen: weder die völlige Vernichtung der ESG, noch die Kontrolle des Programms noch die Versetzung von Studentenpfarrer Dreier.

Die ESG hat das erreicht nicht durch Mäuscheltaktik, sondern durch offensiven Kampf, Veröffentlichung des Konflikts und die darauf erfolgte Solidarität aus allen Teilen der Bevölkerung (mehr als 10 Prozent der Studenten und Angestellten der RUB solidarisierten sich innerhalb einer Woche; außerdem mehrere hundert Opelarbeiter, über 90 im Interesse der Bevölkerung arbeitende Gruppen aus dem In- und Ausland).

Der konzertierte Angriff der Rechten in Bochum, zuerst gegen die Projektgruppe Brelohstraße, dann gegen die ganze ESG Bochum, steht im Zusammenhang der reaktionären Politik, Institutionen wie z. B. Asten, Studentenwerke etc. zu liquidieren, wo fortschrittliche intellektuelle und arbeitende Bevölkerung sich verbünden. Die Herrschenden sind in ihrem Angriff auf

die ESG gescheitert; gegen ihre weiteren Versuche zwischen klassenbewußte Teile der Bevölkerung im Ruhrgebiet und den intellektuellen Keile zu treiben, müssen wir alle in Bochum auf der Hut sein.
ESG Bochum

Teach-In des AstA zur kapitalistischen Hochschulplanung und zur politischen Unterdrückung

Do. 15. 6. 11.00 Uhr HZO 10

Zwei Kinder gesucht Alter etwa 3 1/2 Jahre

für Bochumer Kinderladen. Bedingung: Eltern müssen Spaß daran haben, 1 Tag pro Woche mit der Gruppe zu arbeiten.

Kontakt: Uni 52 29, 8 - 17 Uhr Bochum 70 32 15 ab 17.00 Uhr





Fachschafts- nachrichten

Papalekas und der Faschismus

Papalekas-Dissertation veröffentlicht und analysiert

Seit mehr als acht Semestern bemüht sich die Studentenschaft der Abteilung VIII an der Ruhr-Universität Bochum Zugang zu den „Frühschriften“ (Dissertation und Habilitation) von Papalekas zu bekommen. Dieses Anliegen, Einsicht in alle Veröffentlichungen eines an dieser Universität lehrenden Hochschullehrers zu erhalten, erschien in diesem Falle um so dringlicher, als ansonsten das Lebenswerk von Papalekas äußerst ärmlichen Umfangs und Inhaltes ist. (Nicht mehr als 180 Seiten – Briefe, Telegramme, Denunziationen und Prüfungsaufgaben ausgenommen).

Nachdem von Innsbruck, wo Papalekas 1946 promoviert hat, auf Anfrage der Studentenschaft die Auskunft erteilt wurde, „die Dissertation sei nicht vorhanden“, nachdem Leipzig und Wien, — zentrale Sammelstellen aller deutschsprachigen Dissertationen — die Anfragen der Studentenschaft negativ beschieden, nachdem selbst das Hochschul-schriftenverzeichnis keine Auskunft über Habil-Schrift und Dissertation gab,

nachdem persönliche Recherchen in Münster, Regensburg und Innsbruck ergebnislos blieben,

musste bezweifelt werden, daß Papalekas überhaupt promoviert und habilitiert sei. Folgerichtige Konsequenz dieser Zweifel waren eine Klage wegen „Widerrechtlichen Führens akademischer Titel“ und eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen Rektor Faillard, weil dieser es versäumte, die entsprechenden Schriften zugänglich zu machen.

Ex-Rektor Faillard hat in dieser Affaire alle ihm zu Gebote stehenden Möglichkeiten ausgenutzt, Papalekas zu decken — u. a. belog er das Universitätsparlament und die Öffentlichkeit.

Der Amtswechsel im Rektorat brachte die erhoffte Enthüllung. Rektor Grosse beschaffte Dissertation und Habil-Schrift, trotz massiver Interventionen Papalekas.

Nun, endlich — nach über acht Semestern — liegen beide Schriften der interessierten Öffentlichkeit vor:

Theorie und Praxis, die dieser hervorragende Vertreter reaktionärer Wissenschaft und Hochschul-

politik in seltener Einheit seit vielen Semestern an dieser Universität betrieben hat, ließen eindeutige Erwartungen und Spekulationen bezüglich des Inhaltes dieser Elaborate aufkommen.

Die nunmehr vorliegenden Schriften übertreffen sämtliche dieser Vermutungen bei weitem!!!

Während Papalekas sich in seinen späteren — in jeder Hinsicht dünnen — Veröffentlichungen „schlecht und rechts“ hinter dem Weberschen Rationalitätsbegriff, Paretos, Kreislauf der Eliten und dem verdinglichten Technikbegriff der konservativen deutschen Nachkriegssoziologie zu verstecken versucht, läßt er in seiner Dissertation in naiver Eindeutigkeit die faschistische Katze aus dem „freiheitlich-demokratischen“ Sack.

Konnten bisher Gutgläubige und Vertreter der herrschenden Lehrmeinung noch behaupten, Papalekas sei allenfalls konservativ im Sinne der FdGO (= Verteidigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung), so zeigt sein Gesamtwerk auf dem Hintergrund seiner Dissertation eine offen reaktionäre, ja faschistische Denkhaltung.

Schon beim ersten flüchtigen Durchlesen der Dissertation wurden Assoziationen zu Hitlers Mein Kampf geweckt; eine Überprüfung offenbarte eine fast wörtliche Übereinstimmung beider Schriften in wesentlichen Passagen.

Die Dokumentation ist in der Fachschaft SoWi, GC 04, am SAG-Büchertisch in der Mensa und in der Politischen Buchhandlung, Overbergstraße 5, erhältlich.

Der Wohlfahrtsausschuß

UNSER KAMPF oder



DER GEWÖHNLICHE FASCHISMUS an einer westdeutschen Universität

Dokumentation zu
PAPALEKAS' Dissertation
(Preis 1,- DM)

DIE DOKUMENTATION IST ERHÄLTlich IM FR-SOWI

Welches Fachschaftskonzept

Am 7. 6. fand eine Vollversammlung der Abteilung V (Philologie) statt. Sie mußte vertagt werden, da von den 3500 Studenten der Abteilung nur 80 erschienen waren. In Anbetracht der Tatsache, daß z. B. auf der letzten Vollversammlung der Fachschaft Anglistik über 300 waren, läßt sich die geringe Beteiligung wohl kaum aus einem grundsätzlichen Desinteresse der Studenten erklären. Der Grund liegt wohl eher in der falschen Informationspolitik der einzelnen Fachschaftsräte, die es versäumt hatten, den Studenten zu vermitteln, worum es bei dieser AVV ging, nämlich um die Erarbeitung einer gemeinsamen Strategie für die Abteilung.

Bereits im letzten Semester wurde die Notwendigkeit einer verstärkten Koordination und Kooperation der einzelnen Institutsfachschaften in Fragen, die über den Rahmen der Institute hinausgingen (Berufsverbote, HRG, Probleme der Lehrerausbildung, Berufungen usw.) erkannt und die Einrichtung eines Aktionsrates beschlossen.

Der Aktionsrat war aber funktionsunfähig, was einmal auf einer völligen Unklarheit über seine Kompetenzen, zum anderen auch auf seiner zufälligen Zusammensetzung (stimmberichtig waren jeder Student und jeder Assistent der Abteilung, der gerade da war) beruhte. Für uns gilt es nun, daraus die Konsequenzen zu ziehen und eine Organisationsform zu entwickeln, durch die eine effektive Arbeit gewährleistet werden kann.

Aus diesem Grund haben die Fachschaften Anglistik und Germanistik ein von der SAG unterstütztes Konzept eines **Abteilungsrates** ausgearbeitet, das sich in wesentlichen Punkten von einem vom Spartakus unterstützten Vorschlag der Fachschaften Romanistik und Slawistik unterscheidet.

Wir sind jetzt gegen einen institutionalisierten **Abteilungsfachschaftsrat** und für einen provisorischen **Abteilungsrat**, weil wir einmal einer noch nicht existierenden **Abteilungssatzung**, deren Erarbeitung eine der Aufgaben des Abteilungsrates sein soll, nicht in entscheidenden Punkten vorgreifen wollen und weil es andererseits noch keine praktischen Erfahrungen mit einem **Abteilungsfachschaftsrat** gibt. Diese können erst in der konkreten Arbeit gewonnen werden.

Die Hauptaufgabe des **Abteilungsrates** muß in der Koordination der Projekte und Aktionen der **Institutsfachschaftsräte** und der

Vertretung der Studentenschaft auf Abteilungsebene liegen. Dazu darf es einer engen Verknüpfung mit den Institutsfachschaftsräten, was in unserem Vorschlag dadurch gewährleistet wird, daß die großen Fachschaften (Germanistik, Anglistik, Romanistik) durch jeweils mindestens einen, und die vier kleinen Fachschaften durch zusammen mindestens einen Vertreter im **Abteilungsrat** repräsentiert werden.

Demgegenüber sieht der Vorschlag von MSB Spartakus, FR Romanistik und FR Slawistik einen **Abteilungsfachschaftsrat** vor, dessen Mitglieder nicht in den Institutsfachschaftsräten verankert sind. Zwecks Koordination dürfen sich die einzelnen Institutsfachschaftsräte aber alle 14 Tage zu einem „**Informationsgespräch**“ treffen und mit dem **Abteilungsfachschaftsrat** über dessen Politik diskutieren, ohne Beschluß fassen zu dürfen.

In Reinschrift bedeutet das einen **Abteilungsfachschaftsrat**, der, losgelöst von der Basis in den Instituten, die Politik an der Abteilung macht, und **Institutsfachschaftsräte**, die zur Bedeutungslosigkeit herabdegradiert werden. FR

Abteilungs- vollversammlung der Abteilung V

Mittwoch, 21. 6. 1972,
12.00 Uhr, HGB 10

Kommt massenhaft!

makol

1. Halbjahr 1972

makol bibliothek

Leo Koller

Zur Dialektik der Kultur
Sechs Beiträge

mab 20 228 Seiten 12 Mark

Frank Böckelmann

Marx und Adorno. Schwierigkeiten der
spätmarxistischen Theorie

mab 21 204 Seiten 10 Mark

Radovan Richta und Kollektiv

Technischer Fortschritt und industrielle
Gesellschaft.

Einleitung von Ossip K. Flechtheim

mab 22 230 Seiten 12 Mark

Thomas Meyer

Zwischen Spekulation und Erfahrung

Bemerkungen zur Wissenschafts-

theorie von Jürgen Habermas

mab 23 72 Seiten 6 Mark

Max Adler

Marx und Engels als Denker

mab 25 234 Seiten 12 Mark



Alexander Bogdanow

Der rote Stern. Ein utopischer Roman

Nachwort Günter Maschke

ca. 224 Seiten DM 14,-

Seine soziologische Phantasie, seine präzisen Vorstellungen über die Selbstorganisation einer freien Gesellschaft und sein Konzept einer humanisierten Technik machen diesen frühen russischen Zukunftsroman auch heute noch zu einer spannenden und anregenden Lektüre. Unsere Ausgabe macht den seit 50 Jahren verschollenen „Roten Stern“ endlich wieder zugänglich.

Reinhard Wetter / Frank Böckelmann

Knast-Report

Aus deutschen Gefängnissen.

Mit Beiträgen von Holger Trützsch und Günter Maschke
ca. 304 Seiten DM 19,80

Die Aktivität in der außerparlamentarischen Opposition brachte viele Studenten, Lehrlinge und Jungarbeiter ins Gefängnis. Darunter die Autoren dieses Reports. Ihr **KNAST-REPORT** verbindet sozialwissenschaftliche Analyse mit Erfahrungsberichten, die die Realität des Eingesperrtseins nachvollziehbar machen.

KNAST REPORT

Lieferbare Titel:

makol bibliothek

Otto Bauer: Das Weltbild des Kapitalismus.

mab 1 64 Seiten 4 Mark

A. Deborin: Lenin — der kämpfende Materialist.

mab 2 64 Seiten 4 Mark

N. Bucharin: Proletarische Révolution und Kultur.

mab 3 64 Seiten 4 Mark

A. Lunatscharski: Die Kulturaufgaben der Arbeiterklasse.

mab 4 48 Seiten 4 Mark

Leo Koller: Die Wissenschaft von der Gesellschaft.

mab 5 176 Seiten 8 Mark

A. Braunal: Die Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Gesellschaft.

mab 6 64 Seiten 4 Mark

F. Böckelmann: Die schlechte Aufhebung der autoritären Persönlichkeit.

mab 7 112 Seiten 6 Mark

A. Bogdanow: Die Wissenschaft und die Arbeiterklasse.

mab 8 64 Seiten 4 Mark

D. Rjazanov: Karl Marx als Denker, Mensch und Revolutionär.

mab 9 160 Seiten 6 Mark

Richta-Report: Politische Ökonomie des 20. Jahrhunderts.

mab 10 432 Seiten 12 Mark

J. Rodriguez-Lores: Die Grundstruktur des Marxismus.

mab 11 104 Seiten 6 Mark

P. van Spall: Zur Sozialstruktur des organisierten Hochkapitalismus.

mab 12 80 Seiten 4 Mark

Otto Bauer: Die illegale Partei.

mab 13 208 Seiten 8 Mark

Leo Koller: Technologische Rationalität im Spätkapitalismus

mab 14 164 Seiten 6 Mark

Wolfgang Sofsky: Revolution und Utopie.

mab 15 88 Seiten 4 Mark

Michael Siegart: De Sade und Wir.

mab 16 264 Seiten 10 Mark

Jürgen Eckl:

Algerien — Sozialismus in einem islamischen Land.

mab 19 96 Seiten 4 Mark

Men like its
flavor Women
love its aroma

RUM
and
MAPLE
PIPE
MIXTURE

Großpackung
250g 12,50 DM

Studenten gegen Studenten?

Ab Herbst 1972 wird der Fachbereich Wirtschaft der Fachhochschule Bochum in den Gebäuden GA bis GC über 20 Räume ganztägig belegt. 700 Studenten werden zusätzlich zu den ca. 10 000 Studenten, die jetzt schon dort studieren, hinzukommen.

Was ist die Fachhochschule Wirtschaft?

Student der Fachhochschule kann man auf zwei Wegen werden: Im Anschluß an die Hauptschule macht man eine Lehre und erwirbt dann in den Klassen 10 und 12 der Fachhochschule die Fachhochschulreife; der andere Weg führt über die Mittlere Reife zur 11. Fachoberschulklasse, die Praktikum und Schulunterricht vereint, und dann ebenfalls über die 12. zum Abschluß. Das Studium an der Wirtschaftsfachhochschule bildet stärker als das Uni-Studium für die unmittelbare Anwendung des Gelernten in der Praxis aus.

Heute kann man das Grundstudium noch mit der Vorlage von 19 Scheinen nach 4 Semestern beenden, in Zukunft müssen die Studenten zusätzlich zu den Scheinen eine Zwischenprüfung machen und zwar nach drei Semestern statt nach vier. Graduiert Betriebswirt kann man dann nach 6 Semestern werden, mit einer Prüfung, die Drei-Monatsarbeiten und Klausuren umfaßt.

Die Studenten der Fachhochschule erfahren im Augenblick unmittelbarer als wir, was die Bildungsreform in der BRD bedeutet. Für sie gelten zentrale Prüfungsordnungen und Erlasse des KuMI ohne das demokratische Mäntelchen eines UPs oder ähnlicher auf die „Autonomie“ der Universität pochernde Institutionen.

Was haben wir mit dem Studium an der Fachhochschule zu tun?

In den Empfehlungen des Wissenschaftsrates zum Studium der

Wirtschaft finden wir keine Unterscheidung zwischen Fachhochschule oder Uni, sondern zwei Studiengänge an der Hochschule: ein sechssemestriges Studium, das neben einem relativ breit angelegten Grundstudium eine starke Spezialisierung im 5. und 6. Semester vorsieht; ein achtsemestriges Studium, an das sich noch ein Aufbaustudium anschließen kann.

Das achtsemestriges Studium ist „wissenschaftlicher“ ausgerichtet, d. h. es wird weniger auf das Erlernen von direkt in die Praxis umsetzbaren Verfahren abgestellt als vielmehr auf das Erlernen von der Entwicklung solcher Verfahren und Methoden. Diese Vorschläge entsprechen genau den Vorstellungen der Regierung zur integrierten Gesamthochschule und auch den Plänen von Prof. Busse von Colbe, der schon im Juni 1969 ein sechssemestriges Studium für unsere Abteilung vorschlug (in „seven up“ der ehemaligen Abteilungszeitung).

Zählen wir 2 und 2 zusammen

Die Industrie braucht mehr Wissenschaftler, um die neuesten Verfahren der Ausbeutung zur Erweiterung der Produktion und Maximierung der Profite anwenden zu können. Sie braucht einerseits Akademiker, die direkt und schnell in den Wirtschaftsprozess einzugliedern sind. Sie braucht aber auch Akademiker, die diese Ausbeutungsverfahren weiterentwickeln und die anderen Akademiker kontrollieren. Die Fachhochschule hat ein sechssemestriges, praxisbezogenes Studium, wir ein achtsemestriges.

Was wird wohl daraus werden?

Warum Solidarität?

Studenten und Fachhochschulstudenten studieren, um später ihre Arbeitskraft zu verkaufen, damit sie leben können. Nur ein kleiner Teil von uns besitzt qua Erbe Produktionsmittel und wird von der Ausbeutung anderer leben. Wir alle sind später in einer lohnabhängigen Position. Allerdings bezahlen uns die Kapitalisten mehr Geld, als den Arbeitern, um uns damit zu kaufen, da wir wichtige Kontroll- und Planungsfunktionen für diese Kapitalisten ausführen sollen. Ohne die Verkaufs- oder Buchhaltermanager wären sie nämlich recht hilflos. Wir werden also unsere Arbeit im Interesse der Produktionsmittelbesitzer verrichten, das aber nicht unserem gemeinsamen Interesse entspricht.

Wieso nicht?

Weil die Produktionsmittelbesitzer ihre Profite maximieren, um neu zu investieren, da sie ihre Herrschaft ausdehnen wollen und müssen, um in der Konkurrenz zu bestehen. Dies führt zu Arbeitsprozessen, in denen sich der Mensch der Maschine unterordnet; diese Arbeitsprozesse hängen nicht mehr von den Bedürfnissen der Arbeitenden ab, sondern von denen der Profitjäger. Das heißt konkret, daß wir erzogen werden in der Illusion, daß wir uns an unserem Arbeitsplatz verwirklichen können, in der Realität dann aber keinerlei Möglichkeit haben, eigene Vorstellungen verwirklichen zu können.

Wir arbeiten zwar alle arbeitsteilig zusammen, aber auf den Ablauf und die Richtung der Wirtschaftsprozesse haben wir keinen Einfluß, sondern nur das Kapital. Wir sind sogar noch Stützen dieses Systems, solange wir weiter durch unsere Kontrollarbeit die Unternehmer unterstützen. Viele erkennen nicht oder wollen nicht erkennen, daß sie auch als Akademiker total dem Kapital mit seinen Krisen untergeordnet sind, daß auch sie z. B. arbeitslos werden können.

Wofür kämpfen wir?

Einmal müssen wir jetzt gegen das Fachidiotentum kämpfen, da diese Qualifikation sehr schnell überholt sein kann und wir so zu Dienern dieses Systems erzogen werden. Es gilt aber nicht, nur die Fertigkeiten der kapitalistischen Betriebsführung und Wirtschaftsregulierung zu erlernen. Wir müssen lernen, diese Prozesse zu durchschauen und ihre Entwicklungsbedingungen verstehen. Wenn wir allein dieses Lernen vollziehen, sind wir ohnmächtig dem Kapital und seinen Unterdrückungsmaßnahmen ausgeliefert. Wir müssen uns zusammenschließen und darum kämpfen, daß wir und die anderen Lohnabhängigen genau so wie wir gemeinsam arbeiten auch die Form und die Produkte dieses Arbeitsprozesses bestimmen.

Unterstützt die Fachschaftsarbeit! SAG—Wiwi

haben soll, an Hand von konkreten Unterlagen das weitere Vorgehen zu bestimmen.

Weiter halten wir es für notwendig, in den stattfindenden Übungen eine intensivere kritische Auseinandersetzung mit den Bedingungen und den Inhalten anzugehen.

Schließlich sind wir zu dem Ergebnis gekommen, daß die Fachschaftsmittlungen von ihrem Redaktionskollektiv her erweitert werden sollten. Denn diese Zeitung ist prinzipiell ein Organ der Jurastudenten und mußte in der letzten Zeit trotz wiederholter Appelle der Mitglieder des Fachschaftsrates nur von diesen geschrieben werden. Somit soll nun eine verstärkte Information über die Termine der herauszugehenden Fachschaftsnachrichten vorstatten gehen. Außerdem soll der Themenkomplex mehr speziell juristische Problematiken, beziehungsweise Schwierigkeiten der Jurastudenten aufgreifen und erläutern, ohne dabei den realen Bezug zu gesellschaftlichen Vorgängen zu verlieren. Es sollen also kritische Auseinandersetzungen mit dem Stoff und den Inhalten stattfinden, die von uns tagtäglich verarbeitet werden sollen.

Doch eine Diskussion in einer solchen Zeitung von mehreren Jurastudenten und auf breiterer Basis kann nach unserer Auffassung allein nicht genügen, sondern muß mit einer kritischen Diskussion in Vorlesungen und Übungen verbunden werden, um direkt bei der Wissens- und Inhaltsvermittlung die Problematiken aufzuzeigen und zu verhindern, daß „Juristerei“ ohne Überlegung der dahinter stehenden tieferen gesellschaftlichen Bedeutung verinnerlicht wird.

Dieses alles kann jedoch nicht die Aufgabe von den Mitgliedern des Fachschaftsrates oder der jetzt arbeitenden Gruppe sein, sondern muß von breiten Teilen der Jurastudenten getragen werden. Aus diesem Grund sind nochmals alle Jurastudenten aufgerufen mitzuarbeiten, aktiv zu werden und mit uns gemeinsam die vorhandenen Schwierigkeiten zu überwinden.

Kommissarischer FR-Jura

Teach-In zur Ausländerfrage Mo. 19. 6., 19 Uhr HZO 50

— Politökonomie — Situation in Persien — Ausländergesetz — etc. — Referent: u. a. Taheri (CISNU) anschließend Film: „Der gewöhnliche Faschismus“

Termin für Veranstaltung für ausländische Kommilitonen wird noch bekanntgegeben.

Vorstellungen der BSU

Wie die BSU im letzten Contrapunkt so scharfsinnig bemerkte, könnten vom Jahresetat des ASTA 25 Familien ein Jahr lang leben. Wir fragen: ist es das Ziel der BSU, in den ASTA zu kommen, um dann ihren 25 Familien zu einem angenehmen Leben zu verhelfen? Zielt die Politik der BSU, falls man hier überhaupt von einer Politik sprechen kann, auf die Abschaffung studentischer sozialer und politischer Arbeit?

Hier zeigt sich einmal wieder, daß die BSU gar nicht an Hochschulpolitik interessiert ist, ihre einzige Funktion besteht darin, die Studenten in die Arme des Kapitals zu treiben.

Außerdem: wieviel Familien könnten wohl besser leben, wenn die Produktionsmittel in den Händen der Arbeiter wären? Die 500 000 DM sind eine Investition in politische Arbeit, um gerade dies zu erreichen!



Fit für den Profit - Sport im Kapitalismus

Fortsetzung von Seite 1

beitsbedingungen darstellen und Ursache sind für die Erkrankungen der Arbeitnehmer. Breitensport wird zum billigen Allheilmittel für diese vielfältigen Schädigungen.

Außerdem kann durch Sporttreiben die gesunde Arbeitskraft besser reproduziert werden und die so physisch und psychisch Gestärkten können besser in den Arbeitsprozeß eingespannt werden und mit ihnen die Arbeitsintensität gesteigert werden und damit letztlich die Produktivität der Arbeitnehmer im gesamten Produktionsprozeß! Mit einem Wort — Sie sind Fit für den Profit!

Ideologisch-politischer Aspekt

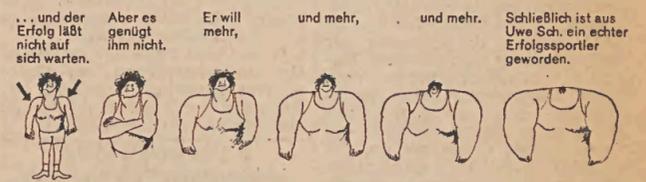
Breitensport ist ein ausgezeichnetes Mittel, eine mögliche Kritik an der Gesellschaft und ihrer Ideologie, dadurch zu begegnen, indem aufkommende Aggressionen und Verweigerungen der Leistung abgefangen und aufgefangen werden im neutralen Freizeitsport — d. h. Sport für Alle!

Hier soll ein neutraler Bereich entstehen, wo aufgestautes Unbehagen an der Gesellschaft, an den Arbeitsbedingungen, an der verschmutzten Umwelt in sportlichen Aktionen verpuffen können. Politisch artikulierte Kritik findet nicht statt!

Durch die Möglichkeit, im Sport nach Feierabend Ausgleich zu finden, soll die unter Umständen politische Auseinandersetzung mit den Verhältnissen in der BRD verhindert werden, ein Versuch, der nicht gelungen ist und nicht gelingen darf!

Die zahlreichen und kostspieligen Ausgaben für den Breitensport sollen das Gewissen beruhigen und demonstrativ vor Augen führen, wie dem Staat das Wohl seiner Bürger am Herzen liegt, um zu verschleiern, wer für die Mißstände im letzten verantwortlich ist!!

Damit wird der Breitensport zum systemimmanenten Mittel, Fehler dieses Systems zu verdecken oder dem einzelnen Bürger zuzuschreiben und ihm die Behandlung der Symptome zu überlassen!



Wie geht es uns denn jetzt?

Die Situation an unserer Abteilung ist deprimierend: jedes Semester fallen 40 bis 50 Prozent der Zwischenprüfungskandidaten durch, da die Professoren nur hundert Studenten jedes Semesters ins Hauptstudium lassen wollen; es gibt keinerlei Absprachen zwischen

den Professoren, sondern diese erfahren von den gegenseitigen Lehrinhalten nur in den mündlichen Examenprüfungen — auch ein Weg der Informationsvermittlung —, laut unserem Dekan, dem ehrenwerten Herrn Pahlke, ist es nicht sicher, daß wir ein Recht darauf haben, Prüfungen abzulegen; zu den heimlichen Zulassungsbeschränkungen der ZP und der Hörerzahlbegrenzung in einzelnen Veranstaltungen kommt jetzt das zentrale Zulassungsverfahren und eine erneute Verschärfung der Prüfungsbestimmungen durch die Rahmenprüfungsordnung der Rau-Kommission.

Die Fachschaft ist allein auf sich gestellt und die studentische Gruppe in der Abteilung, die die meisten Wahlstimmen fängt, — die BSU — schläft in den Gremien, informiert die Studenten nicht und träumt an einem Reformprogramm des Wiwi-Studiums herum, ohne die realen Tendenzen an dieser Abteilung und in der Kultusbürokratie auch nur im entferntesten zu erfassen.

Laßt uns den Kampf gegen diese Form des kapitalistischen Studiums solidarisch mit den Fachhochschulstudenten beginnen.



Wiederbelebungsversuche bei den Juristen

Nachdem die erste Fachschaftsvollversammlung dieses Semesters wegen Beschlußunfähigkeit ausfallen mußte, fanden sich zur zweiten Fachschaftsvollversammlung sechzig Kommilitonen von 2000 ein (vgl. BSZ Nr. 94). Angesichts der geringen Beteiligung entwickelte sich spontan eine lebhaftere Auseinandersetzung über die möglichen Ursachen eines solch minimalen Interesses der Studenten an der Fachschaftsarbeit.

Als ein wesentlicher Grund wurde der mangelhafte Kontakt zwischen der Masse der Jurastudenten und dem Fachschaftsrat herausgestellt, wobei sich wiederum für dieses Problem verschiedene Erklärungen ergaben. Einerseits wurde dem Fachschaftsrat selbst mangelnde Aktivität vorgeworfen, auf der anderen Seite wurden die Ursachen auch in der spezifischen Situation der Jurastudenten (Studienmotivation, Berufsperspektive) gesehen.

In der weiteren Diskussion stellte sich heraus, daß unter den Jurastudenten dem Fachschaftsrat eine unterschiedliche Funktion beigegeben wird. Einerseits wird der Fachschaftsrat ausschließlich als Dienstleistungsbetrieb angesehen und als solcher auch gerne in Anspruch genommen, auf der anderen Seite versteht sich der Fachschaftsrat selbst, in Übereinstimmung mit der überwiegenden Mehrheit der auf der Fachschaftsvollversammlung anwesenden Jurastudenten, als ein Gremium, daß die politische Interessenvertretung wahrnimmt.

Dazu ist es notwendig, die gesellschaftliche Stellung der Juristen in Hinblick auf Studium und Berufsperspektive zu klären und zu versuchen, die gesellschaftliche Funktion der Jurisprudenz den Jurastudenten zu vermitteln.

Aus dieser Diskussion heraus und angesichts der geringen Beteiligung weiteten sich die potentiellen Fachschaftsratskandidaten, sich aufstellen zu lassen und somit faßte die Fachschaftsvollversammlung mit vier Gegenstimmen und vier Enthaltungen den Beschluß,

fünf Mitglieder des ehemaligen Fachschaftsrats, die ausschließlich der Roten Zelle Rechtswissenschaft (RotZeR) angehören, bis Mitte Juni kommissarisch weiterarbeiten zu lassen, mit dem alleinigen Auftrag, neue Möglichkeiten einer intensivierten Fachschaftsarbeit aufzuzeigen.

Aus der Fachschaftsvollversammlung bildete sich dann eine Gruppe von 7 Kommilitonen, die zusammen mit den Fachschaftsratsmitgliedern diese Perspektiven anging. Diese Gruppe arbeitet seitdem intensiv. Sie hat sich zunächst noch einmal mit den Ursachen der Misere der Fachschaftsarbeit auseinandergesetzt. Im wesentlichen griff man auf die in der Fachschaftsvollversammlung schon angerissenen Punkte der Diskussion zurück und stellte diese in den systematischen Zusammenhang mit der zu leistenden Arbeit. Eingehend wurde dabei nochmals die unterschiedliche Funktion des Fachschaftsrates ausgeführt, und man gelangte zu dem Ergebnis, daß der Dienstleistungsapparat des Fachschaftsrates insofern eingeschränkt werden muß, als er sich unverhältnismäßig zur inhaltlichen Arbeit ausnimmt.

Als letztes in der noch andauernden Diskussion wurden dann einige Möglichkeiten herausgestellt, die den Anfang einer Neubelebung der Arbeit des Fachschaftsrates und des Kontaktes zwischen der Masse der Jurastudenten und dem Fachschaftsrat darstellen könnten.

In diesem Sinne erarbeitete die rund 15 „Mann“ starke Gruppe einen Fragebogen, der die Aufgabe

Hochschulsport aufs Abstellgleis

Die Sporthalle an der Markstraße mit den Tennisplätzen und der Fußballwiese und die Freizeitsporthallen unter der Mensa sind inzwischen den sportlich interessierten Studenten bekannt. Bekannt ist auch, daß in diesen Stätten täglich ab 18 Uhr jeder Angehörige der RUB, ob Angestellter, Assistent, Professor oder Student (alphabetische Reihenfolge) Sport treiben konnte. Das Angebot reichte vom Badminton über Fechten und Konditionstraining bis Volleyball. Allerdings: das Interesse war bislang immer so stark, daß weder Raum noch Zeit ausgereicht haben. Überfüllte Hallen waren die Regel. Wer erwartet hat, dies würde sich bessern, muß enttäuscht werden: Die Situation droht sich noch zu verschlechtern.

Im Institut für Leibesübungen steht in der nächsten Konferenz ein Antrag auf der Tagesordnung, die Ausbildungszeit für Sportstudenten in den Hallen der Universität „bis auf 19 Uhr auszudehnen“.

Was dies für die ohnehin schon schwierige Situation des Hochschulsportes bedeutet, ist leicht auszumachen. Eine Kürzung des Angebotes um ca. 25 Prozent.

Man überlege sich: Für die Ausbildung von 800 Sportstudenten stehen dann in diesen Hallen pro Tag 11 Std. zur Verfügung, für die ca. 20 000 Angehörigen der RUB 3 Stunden pro Tag.

In Zahlen ausgedrückt: 11 : 800 = 3 : 20 000

Angesichts dieser Zahlen muß die Frage an das IFL und an die RUB gestellt werden, wie es mit der Forderung des Bundesministeriums für Wissenschaft und Bildung in der Stellungnahme zu Sport an Schule und Hochschule steht, in der es heißt:

„Allen Angehörigen und Studenten der Universität ist Gelegenheit und Anreiz zu vielfältiger sportlicher Betätigung zu geben“

Wie konnte es dazu kommen? In der alten Satzung der RUB § 92 (1) hieß es: „Für die sportliche Betätigung aller Universitätsangehörigen und zur Ausbildung der Studenten für das Fach der Leibeserziehung besteht an der Universität ein Sportinstitut.“

Wie die Schwerpunkte für diese beiden zumindest gleichrangigen Aufgabenbereiche im Sportinstitut gesetzt werden, hat obige Zahlenrelation gezeigt.

Kein Wunder allerdings, wenn man weiß, daß in der Konferenz dieses Sportinstitutes nur Lehrkräfte stimmberechtigt sind, die für den Bereich der Lehre im Fach Leibeserziehung angestellt sind. Absurd allerdings erscheint es, daß dieses Institut nun anstrebt, zentrale Einrichtung der RUB zu werden. Und dies sicherlich nicht aufgrund der Aufgaben im Bereich der Forschung und Lehre im Fach Leibeserziehung, sondern als Träger des allgemeinen Hochschulsportes.

Den Vertretern der Studentenschaft (ASTA) kann der Vorwurf, mit an dieser Entwicklung schuld zu sein, nicht erspart werden. Die Satzung der Studentenschaft sieht ausdrücklich die „Förderung des Studentensportes“ vor, andererseits gibt es seit Jahren keinen

Sportreferenten im ASTA. Und damit auch keinen Vertreter des Studentensportes im IFL. Wie es um das Interesse des IFL für den Studentensport bestellt ist, möge ein Satz aus der Begründung des Antrages zur Ausdehnung sportstudentischer Ausbildung in den Universitätshallen zeigen:

„Sollte (! Anm. d. Verf.) im Rahmen des Freiwilligenportes ein Fehlbedarf entstehen, wird empfohlen, durch die Universitätsverwaltung Stunden in den 4 universitätsnahen Schulturnhallen anbieten zu lassen.“

Ein fast zynischer Satz, der zeigt, wie wenig man sich noch für den Hochschulsport verantwortlich fühlt. Empfehlungen, nichts als Empfehlungen, keine konkreten Maßnahmen.

Dem IFL sei empfohlen, die Hinweisblätter „Freizeitsport“ an der Mensa von der Verwaltung entfernen zu lassen und durch „Sportstudentische Ausbildung“ ersetzen

zu lassen. Was soll's, wenn man von Integration des Sports im universitären Bereich spricht, dann aber auf universitätsnahe Schulturnhallen verweist?

So jedenfalls wird Sport kein „Bestandteil studentischen Lebens“. Mit dem IFL und dem ASTA sind jedoch noch keinesfalls die wirklichen Schuldigen gezeigt. Der massivste Vorwurf muß sich gegen die Universität und gegen die Kultusbürokratie richten. Man kann kein Sportinstitut errichten, das 800 Sportstudenten ausbilden und 20 000 Angehörigen der Universität Gelegenheit zu sportlicher Aktivität geben soll, wenn man nicht entsprechende Sportstätten zur Verfügung stellen kann oder will.

Das neue, am Kalwes geplante Sportzentrum der RUB ist jüngst Opfer eines Baustops geworden, die unzureichenden Sportstätten werden für die nächsten Jahre reichen müssen. Die Lösung, die das IFL derzeit anstrebt, ist keine. Sie richtet sich ausschließlich gegen die Interessen aller Sporttreibenden an der RUB. Wehret den Anfängen!

Die Forderungen müssen lauten: ● Das IFL muß überprüfen, ob das Stundenangebot für Sportstudenten realistisch ist. (Augenzeugen haben mehrfach berichtet, in den freien Nachmittagsstunden während des Semesters stünden die Hallen frei!!!)

● Die Förderung des allgemeinen Hochschulsportes darf nicht mit dem Hinweis auf die Priorität der Ausbildung am IFL mit der linken Hand abgetan werden.

● Nicht zuletzt muß die Universität sich mit aller Kraft bei den zuständigen Ministerien dafür einsetzen, daß einerseits kurzfristig im Universitätsbereich neue Sportstätten errichtet werden (z. B. Freilufttraghallen) und andererseits der Bau des neuen Sportzentrums beschleunigt wird.

Peter Brückner - Alfred Krowoza

STAATSFENDE

Innerstaatliche Feinderklärung in der BRD. Rotbuch 40. 112 S. DM 4.50 (Abo.: DM 3.50).

Die Autoren — selbst zu den „Staatsfeinden“ gezählt — versuchen die Momentaufnahme einer Bundesrepublik, in der die Unverhältnismäßigkeit der Mittel den Verhältnissen entspricht. Das Psychogramm einer kranken Gesellschaft, die Ruhe und Ordnung im Sinn hat, und das einer kriminellen Wirtschaftsstruktur, die zur Verschleierung ihrer täglichen und immer sichtbarerem Gewaltausübung neue Feindbilder braucht.

Jährlich etwa 8 neue ROTBÜCHER. Jedes ROTBUCH im Abo. 1 Mark billiger. Abonnieren Sie in Ihrer Buchhandlung oder direkt Verlag Klaus Wagenbach, 1 Berlin 31, Jenaer Straße 9. Falls Sie unsere Bücher in einer Buchhandlung nicht erhalten, schreiben Sie uns bitte, wir nennen Ihnen gern eine andere Buchhandlung.

Rotbücher

Polit-ökonomische Erörterungen zum „Gast“-Arbeiter-Einsatz

Die Akkumulation des Kapitals und die industrielle Reservearmee

Es liegt im Interesse der deutschen Arbeitgeber, daß sie „Ausländer anwerben, weil sie für ihre zu besetzenden Arbeitsstellen Arbeitskräfte im eigenen Land nicht finden . . . In erster Linie interessiert ihn (den deutschen Arbeitgeber) die Arbeitskraft und was sie für den betrieblichen Produktionsprozeß zu leisten imstande ist.“ (Bundesarbeitsblatt 4/70). Der ausländische Arbeiter hat wie der nationale Arbeiter den gleichen Stellenwert im Akkumulationsprozeß. Erst bei der Frage der industriellen Reservearmee, des variablen und stets zur Verfügung stehenden Teils der Arbeiterklasse, kann ihm eine besondere Funktion zukommen.

1. Akkumulation des Kapitals

Die Wertverwertungsbewegung des Kapitals kennt keine Schranken. Eine Geldsumme darf sich nicht nur einmal verwerten, sondern sie muß es kontinuierlich und in stets wachsendem Maßstab tun. Diese innere Tendenz des Kapitals wird jedem einzelnen Kapitalisten durch den Konkurrenzkampf aufgezwungen. Um sich behaupten zu können, muß er seinen Betrieb ständig vergrößern, also einen großen Teil des produzierten Mehrwerts in zusätzliches Kapital verwandeln und damit zusätzliche Produktionsmittel und Arbeitskräfte kaufen.

„Diese Anwendung von Mehrwert als Kapital oder Rückverwandlung von Mehrwert in Kapital heißt Akkumulation des Kapitals.“ (Marx, MEW 23, S. 605)

Durch eine solche ständige Akkumulation wird eine ständig wachsende Produktion von Mehrwert erreicht, umgekehrt bedingt die Steigerung der Mehrwertproduktion eine kontinuierliche Akkumulation.

„Alle Methoden zur Steigerung der gesellschaftlichen Produktivkraft der Arbeit sind zugleich Methoden der gesteigerten Produktion des Mehrwerts oder Mehrprodukts, welches seinerseits das Bildungselement der Akkumulation ist. Sie sind also zugleich Methoden der Produktion von Kapital durch Kapital oder Methoden einer beschleunigten Akkumulation. Die kontinuierliche Rückverwandlung von Mehrwert in Kapital stellt sich dar als wachsende Größe des in den Produktionsprozeß eingehenden Kapitals. Diese wird ihrerseits Grundlage einer erweiterten Stufenleiter der Produktion, der sie begleitenden Methoden zur Steigerung der Produktivkraft der Arbeit und beschleunigter Produktion von Mehrwert.“ (Marx, MEW 23, S. 653)

Den kapitalistischen Produktionsprozeß charakterisiert der Doppelcharakter gleich wie bei der Kategorie Ware (siehe BSZ Nr. 88 bis 90 sowie SAG — Materialien zur Schulung, Kap. 6).

Er ist ein Arbeitsprozeß, in dem Gebrauchswerte hergestellt werden, und gleichzeitig ein Verwertungsprozeß, in dem Wert und Mehrwert produziert wird.

Beide Produktionskategorien, nämlich Produktionsmittel und Arbeitskräfte, müssen daher auch eine doppelte Funktion erfüllen: als **Arbeitsfaktor** und zugleich als **Verwertungsfaktor**. (Die Produktionsmittel fungieren im kapitalistischen Produktionsprozeß als konstantes Kapital. Die lebendige Arbeit schafft im Produktionsprozeß neue Werte; dieser in Arbeitskraft umgesetzte Kapitalteil heißt variables Kapital.) Beide Produktionsfaktoren, die im Besitz der Kapitalisten sind, stehen je nach dem Entwicklungsstand der Produktivkräfte in einem bestimm-

ten Verhältnis zueinander. Diesem bestimmten Verhältnis (einem Mengenverhältnis) entspricht auch ein bestimmtes Wertverhältnis zwischen konstantem und variablem Kapital. Von der Größe des gesamtgesellschaftlichen variablen Kapitals aber hängt die Lage der Arbeiterklasse entscheidend ab.

Wenn die Produktivkraft der Arbeit durch technologische Verbesserungen erhöht wird, wenn also ein Arbeiter bei gleicher Arbeitszeit wesentlich mehr produziert als vorher, dann benötigt er auch mehr Produktionsmittel (Rohstoffe etc.). Dadurch aber wird das Verhältnis der beiden Produktionsfaktoren zueinander verändert und somit auch das Verhältnis von konstantem und variablem Kapital.

Wenn sich durch die technische Weiterentwicklung die Produktivkraft des einzelnen Arbeiters erhöht und sich so auch das Verhältnis zwischen konstantem und variablem Kapital auf der einen Seite (Wertseite) ändert, so wird auch auf der anderen Seite (Gebrauchswertseite) die Masse der Produktionsmittel im Verhältnis zur Masse der Arbeitskräfte größer. Auf der Wertseite steigt dann dementsprechend das konstante Kapital auf Kosten des variablen. Diese Bewegung wird bei Marx als die steigende organische Zusammensetzung des Kapitals bezeichnet.

Weiter wird diese Akkumulation, also die Verwandlung von Mehrwert in zusätzliches Kapital, beschleunigt durch die Zentralisation und Konzentration des Kapitals.

2. Heranbildung der industriellen Reservearmee

Die ständig wachsende organische Zusammensetzung des Kapitals bedeutet, daß der variable Bestandteil des Kapitals im Verhältnis zum konstanten sinkt. Durch die Erhöhung der Produktivkraft produzieren die Arbeiter bei gleichbleibender Arbeitszeit mehr als vorher. Sie leisten ein größeres Maß an Mehrarbeit als zuvor und schaffen größeren Mehrwert, der akkumuliert werden kann. Das durch Akkumulation vergrößerte Kapital muß zur weiteren Produktion einen Teil des Mehrwertes in konstantes und einen anderen Teil in variables Kapital umwandeln.

Hier bieten sich dem Kapital zwei Möglichkeiten; entweder erfolgt eine bloße Erweiterung der Produktion bei gleichbleibendem technischen Stand. Dann wächst die Masse der Arbeiter absolut. Oder es werden technische Neuerungen eingeführt. Dann verringert sich die Anzahl der Arbeitsplätze relativ. Die Nachfrage nach Arbeitskräften ist nicht bestimmt durch die Größe des Gesamtkapitals, sondern durch seinen variablen Bestandteil. Wie viele Arbeiter einen Arbeitsplatz finden, hängt ab von der organischen Zusammensetzung des Ge-

samtkapitals. Zwar kann der variable Bestandteil des Kapitals absolut steigen, aber im Verhältnis zum konstanten muß er bei ständig steigender organischer Zusammensetzung des Kapitals sinken. Je größer das Gesamtkapital ist, um so schneller steigt die organische Zusammensetzung, um so schneller sinkt das variable Kapital gegenüber dem konstanten. Je schneller nun diese Bewegung fortschreitet, um so weniger Arbeitskräfte werden vom Kapital eingestellt. Das Angebot an Arbeitskräften wird so größer als die Nachfrage. Ein Teil der Arbeiter kann seine Arbeitskraft nicht mehr verkaufen und wird arbeitslos. Diesen Teil der Arbeiterschaft nennt Marx: industrielle Reservearmee.

Mit der Akkumulation des Kapitals und mit der Erhöhung seiner organischen Zusammensetzung verringert sich also die Nachfrage relativ, was zur Heranbildung der industriellen Reservearmee führt.

Der kapitalistische Produktionsprozeß verläuft nicht in geraden Linien, sondern vielmehr in einem Wechsel zwischen Prosperität, Überproduktion, Stagnation (industrieller Zyklus). Im Zusammenhang mit der Akkumulation des Kapitals und der Erhöhung seiner organischen Zusammensetzung sinkt die Nachfrage nach Arbeitskräften relativ, gleich wie sie im Verlauf des industriellen Zyklus steigt und fällt.

Da die Gesamtmasse des Proletariats mit der Entwicklung des Kapitalismus wächst, findet ein Teil keine Verwendung für seine Arbeit. Er weist sich als „überflüssig“ und bildet so die sogenannte Überbevölkerung. Die aus der Produktion verdrängten Arbeiter bilden die industrielle Reservearmee — die Armee der Arbeitslosen. Diese Armee ist ein notwendiges Zubehör der kapitalistischen Wirtschaft, ohne das diese nicht bestehen und sich entwickeln kann.

In Perioden des industriellen Aufschwungs, wenn eine rasche Erweiterung der Produktion erforderlich wird, steht den Unternehmern eine ausreichende Zahl von Arbeitslosen zur Verfügung. Durch die Erweiterung der Produktion verringert sich die Arbeitslosigkeit zeitweilig. Dann aber bricht die Überakkumulation, die Realisationskrise herein, werden erneut erhebliche Massen von Arbeitern auf die Straße geworfen, die die Reservearmee der Arbeitslosen verstärken.

3. Funktion der industriellen Reservearmee

Das Bestehen der industriellen Reservearmee gibt den Kapitalisten die Möglichkeit, die Ausbeutung der Arbeiter zu verstärken. Der Arbeitslose muß sich mit den schwersten Arbeitsbedingungen abfinden, wenn er wieder eingestellt

werden will. Die Arbeitslosigkeit schafft für die noch in der Produktion beschäftigten Arbeiter eine unsichere Lage und senkt den Lebensstandard der gesamten Arbeiterklasse ganz erheblich. Eben darum haben die Kapitalisten kein Interesse an der Beseitigung der industriellen Reservearmee, die einen Druck auf den Arbeitsmarkt ausübt und den Kapitalisten billige und willige Arbeitskräfte sichert.

Die wichtigste Auswirkung auf die Arbeiterklasse ist, daß sie in zwei Teile gespalten wird, welche die Kapitalisten gegeneinander ausspielen. Die Arbeitslosen konkurrieren mit den beschäftigten Arbeitern um die vorhandenen Arbeitsplätze. Dieser Konkurrenzkampf ermöglicht es den Kapitalisten gleichzeitig, die Löhne niedrig zu halten.

Weiter schafft diese disponible Reservearmee ein stets für die Wertverwertungsbedürfnisse des Kapitals zur Verfügung stehendes Menschenmaterial, unabhängig von der Entwicklung des tatsächlichen Bevölkerungswachstums. Sie zwingt die beschäftigten Arbeiter unter das Diktat des Kapitals, da sie bei der Gefahr der Entlassung die Ausdehnung des absoluten und relativen Mehrwerts ertragen müssen.

4. Industrielle Reservearmee und „Gast“-Arbeiter-Einsatz

Die industrielle Reservearmee ist keine nur nationale Erscheinung. „Zu den Besonderheiten des Imperialismus gehört die abnehmende Auswanderung aus den imperialistischen Ländern und die zunehmende Einwanderung (Zustrom von Arbeitern und Übersiedlung) in diese Länder aus den rückständigen Ländern mit niedrigen Arbeitslöhnen.“ (Lenin, AW I, S. 854)

Dem Wertverwertungsbedürfnis des Kapitals in den imperialistischen Ländern steht das im Verhältnis zur Akkumulation sehr langsame Bevölkerungswachstum entgegen. Das könnte dazu führen, daß neu errichtete Industrieanlagen mangels Arbeitskräfte nicht „rentabel“ genug arbeiten könnten oder aber der Nachfrageüberhang auf dem Arbeitsmarkt zur Steigerung des Reallohnes führt.

Solange keine kapitalintensiven Investitionen getätigt werden, ist das Kapital auf ständige Zufuhr einer Surpluspopulation angewiesen (die BRD eben durch Zufuhr von Arbeitskräften aus der DDR und dann aus der europäischen Peripherie).

Diese Erweiterung der nationalen industriellen Reservearmee durch Arbeiter aus Drittländern hat weiter den Vorteil, daß in Krisenfällen dieser Teil der variablen Arbeiterklasse durch Rücksendung in die peripheren Heimatländer völlig aus der Industriearbeit verwiesen werden kann, was gleichzeitig zur Krisenmilderung und Stabilisierung beiträgt.

Auf der anderen Seite kann in Zeiten der Prosperität die dann erschöpfte nationale Reservearmee durch Arbeiterimport ergänzt werden, so daß die industrielle Reservearmee in ihrer Funktion als Spalter der Arbeiterklasse und Lohn- und Akkorddrücker auch dann noch erhalten bleibt.

Die Ergänzung der nationalen Reservearmee durch „Gast“-Arbeiter hat für die Kapitalisten noch den weiteren Vorteil, daß hierdurch die Spaltung der Arbeiterklasse durch eine Scheinprivilegierung der nationalen Arbeiterklasse vertieft werden kann. K-D R



Hilfsanruf der IRA für die irischen Patrioten

Für die westdeutschen Sozialisten und Demokraten war der bewaffnete Befreiungskampf des irischen Volkes im Süden und Norden des Landes bislang mehr oder minder nur eine Angelegenheit der „Tagesschau“: ein peripheres Ereignis von minderer Bedeutung, das recht eigentlich dem weltweiten antiimperialistischen Kampf nicht zuzuordnen ist.

Damit ist der große Befreiungskampf der irischen Patrioten, ganz im Sinne der Struktur der bürgerlichen Presseinformation, als eine religiös-nationalistische Abenteuerlichkeit eingeschätzt worden. Bedrohliche Ereignisse der letzten beiden Wochen lassen es jedoch unumgänglich notwendig erscheinen, den internationalistischen Charakter unserer Bewegung zu betonen, indem wir uns mit der Bitte um Hilfe, Solidarität und publizistische Unterstützung an sympatisierende Organisationen und Einzelpersonen wenden.

Vor wenigen Tagen, hat die Regierung Lynch im Süden entschlossen angekündigt, ab sofort mit allen polizeistatlichen Mitteln der Verfolgung und Zerschlagung gegen hauptsächlich den sozialistischen Flügel der IRA „vorzugehen“. Gleichzeitig verstärken sich im Norden die Tendenzen zu einer entlarvenden Allianz von britischen Okkupationstruppen, faschistischen Protestanten und liberalen Katholiken.

Das gemeinsame Ziel dieses von den Briten angezettelten und mit Lynch verabredeten Komplotts, ist die vollständige Zerschlagung der Official Irish Republican Army.

Wir können unseren westdeutschen Freunden und Genossen deshalb nicht eindringlich genug sagen, daß jeden Tag mit einem blutigen Massaker gegen die revolutionären Patrioten zu rechnen ist, deren noch mangelhafte Bewaffnung, materielle Ausrüstung und Massenverankerung viel zu schwach ist, um einem konzentrierten Angriff technisch überlegener Truppen auf Dauer standzuhalten.

Die konkrete Bitte um sofortige Hilfe bezieht sich auf ein „survival program“, eine Aktion der materiellen Unterstützung und Versorgung der notleidenden irischen Ghettobewohner, das uns, ver-

gleichbar den Programmen der nordamerikanischen Farbigenbewegung, stärker in den Massen verankern soll.

Dazu benötigen wir auch die finanzielle Unterstützung von allen Seiten, da wir, im Gegensatz zum chauvinistischen Flügel der „IRA“, nicht mit der Hilfe reicher irischer Nationalisten rechnen können.

Wir bitten weiter und wiederum dringend um eine umfassende publizistische Solidarität, wozu wir sowohl über die obige Adresse allen Interessierten unsere Materialien zur Verfügung stellen als auch darum bitten, daß sozialistische und demokratische Journalisten, Filmemacher und Schriftsteller verstärkt die irischen Kampfgebiete aufsuchen.

Es ist dies vor allem zwingend notwendig, weil in der bürgerlichen Presse das Gespenst einer einzig und allein bombenlegenden Terrorgruppe derart geschickt lanciert wurde, daß es nun an der Zeit wäre, dem objektive Berichte über unsere Organisationsstruktur, unsere Schulungen, unsere Massenarbeit entgegenzustellen.

Wir versichern abschließend, daß jede Spende und Unterstützung ausschließlich dazu verwendet wird, die notleidende Bevölkerung materiell zu unterstützen, also z. B. Medikamente und Verbandszeug anzuschaffen.

Postcheckkonto: Postcheckamt Frankfurt Nr. 30 24 79, Hans Branscheidt.

Wir bitten die hilfswilligen Freunde und Genossen in allen Gebieten der BRD, sich mit uns in Verbindung zu setzen, damit regionale und städtische Solidaritätskomitees initiiert werden, damit eine große und wirkungsvolle HILFSAKTION FÜR DIE REVOLUTIONÄREN IRISCHEN PATRIOTEN ENTSTEHT!

Für das westdeutsche Komitee Rory O'Saughnessy, Mai 1972

Widerstand gegen die Ausbeutung im Iran

Die allgemeine Krise der kapitalistischen Länder und die Verschärfung der Konkurrenz zwischen den imperialistischen Staaten zur Erhaltung und Erweiterung ihrer Einflußsphäre hat die Ausbeutung der unterentwickelt gehaltenen Länder noch vergrößert.

Der Iran, der wegen seiner reichen Rohstoffvorkommen, insbesondere Öl und Kupfer, schon immer das besondere Interesse der Imperialisten genoß, wird seit etwa 1966 noch zusätzlich von den Sozialimperialisten der UdSSR ausgebeutet.

Die reibungslose Ausplünderung des Iran versucht das Marionettenregime des Schah durch zweierlei Maßnahmen zu erreichen. Durch verschärften faschistischen Terror wird jede Opposition brutal unterdrückt.

Allein in den letzten drei Monaten sind 30 Patrioten (meistens Intellektuelle) durch geheime Militärgenossen zum Tode verurteilt und hingerichtet worden. Die Zahl der durch Folterungen ums Leben gekommenen ist sicher ein Vielfaches davon.

Durch Propaganda versucht das Regime andererseits, die Ausbeutung des Landes und die Verelendung der Bevölkerung zu verschleiern. Die weiße „Revolution“, die die Unruhe unter den Bauern beschwichtigen sollte, hat 10 Jahre nach ihrem Inkrafttreten nicht die rasche Polarisierung im Land verhindern können.

Obwohl die Reaktion durch den CIA-Putsch 1953 einen großen Sieg errungen hat, hat der Widerstand gegen den systematischen Ausverkauf

des Landes an die Imperialisten nie aufgehört. Seit einigen Jahren nimmt der Widerstand stark zu.

Es kam zu spontanen Aufständen der Bauern gegen Großgrundbesitz und Geldverleih. 1970 erschütterte eine Protestbewegung gegen eine Konferenz, auf der Vertreter von 35 US-amerikanischen Trusts die Ausplünderung des Landes organisieren wollten, den Iran. Im gleichen Jahr wurde durch Massendemonstrationen die Verdoppelung der Fahrpreise für öffentliche Verkehrsmittel verhindert.

Im Mai 1971 wurden von der Armee bei der Zerschlagung eines Streiks in Teheran 19 Arbeiter ermordet. An allen diesen Kämpfen waren Intellektuelle, vor allem Studenten, stark beteiligt.

Da es dem Regime nicht mehr gelingt, große Teile der Intellektuellen zu bestechen, werden alle Oppositionellen erbarmungslos liquidiert. Doch wird diese Taktik dem Terrorregime des Schah nicht nutzen, wenn die Intellektuellen ein festes Bündnis mit den Massen der Arbeiter und Bauern eingehen können und mit ihnen zusammen den Kampf führen werden.

SOLIDARITÄT MIT DEN KÄMPFENDEN MASSES IM IRAN!

Ausländische Studenten Ausländergesetz und Verfassungsschutz

Die Situation der ausländischen Studenten hat durch ihre finanzielle Abhängigkeit einen besonderen Charakter. So wie die Aufenthaltserlaubnis für die ausländischen Arbeiter in der Regel an die Tätigkeit bei einer bestimmten Firma gebunden ist, so ist für die Studenten die Aufenthaltserlaubnis an den Nachweis eines Studienplatzes gebunden, und dessen Bewilligung hängt wiederum vom Nachweis ausreichender finanzieller Mittel ab.

Studenten, die sich gegen die ihnen aufgezwungenen Studieninhalte auflehnen, die für ihre Länder oftmals bedeutungslos sind, oder die sich gegen die Einrichtung der Studienkollegs und die bestehenden Sonderprüfungen für ausländische Studenten wenden, können durch Drohung mit Stipendienentzug seitens der deutschen oder heimischen Stipendienggeber leicht unter Druck gesetzt werden, da Verlust des Stipendiums oftmals die Ausweisung wegen Mittellosigkeit nach sich zieht. Umgekehrt kann mit der Drohung des Patentzugs ebenfalls eine Disziplinierung erreicht werden, da der Verlust des Passes ja auch Verlust der Aufenthaltserlaubnis bedeutet.

Da ausländische Studenten keinen Anspruch auf Förderung nach BAFÖG oder GradFÖG haben, sind sie voll und ganz auf Unterstützung von zu Hause oder durch staatliche Stipendienggeber angewiesen und damit jeglicher politischen Erpressung ausgesetzt. Ferner unterliegen sie diskriminierenden Studienaufsichten, die sicherstellen sollen, daß sie sich fleißig im Sinne der westdeutschen Kapitalinteressen zu deren nützlichen Idioten ausbilden lassen. Nach dem Erlaß des NRW-Innenministers Weyer sollen die Hochschulen verpflichtet werden, den Verwaltungsorganen über Studienablauf und Erfolgsaussichten eines innerhalb der vorgeschriebenen Regelstudienzeit liegenden Abschlusses Auskunft zu geben.

Das läuft de facto darauf hinaus, daß ausländische Kommilitonen im Grunde nur noch im Rahmen eines

bestimmten Programms studieren dürfen. Dazu gehören: Auflagen, nur bis zu einem von vornherein festgelegten Abschluß zu studieren, sich besonderen Studienerfolgskontrollen zu unterwerfen (die von den Stipendienggebern außerhalb der Hochschule durchgeführt werden), die Verpflichtung, die BRD sofort nach dem Studium oder wenn die Regelstudienzeit (6 Semester) um mehr als 2 Semester überschritten wird, zu verlassen.

Der spätere Einsatz dieser in solcher Weise programmierten Studenten ist schon festgelegt: den Studenten wird das kapitalistische System als das System vorgestellt, das allein eine Industrialisierung der Dritten Welt effektiv gestalten kann. Ihre fachliche Qualifikation wird so festgesetzt, daß dem betrieblichen Kapitalexpert der BRD-Monopole die entsprechenden notwendigen Arbeitskräfte für die Orga-

nisation des Produktionsprozesses in den Ländern der Dritten Welt zur Verfügung stehen.

Hier hat natürlich auch die politische Betätigung eines solchen Studenten keinen Platz mehr; neben den rigiden Einschränkungen durch das AuslG hat er vor Studienantritt seinen Verzicht auf politische Betätigung ausdrücklich schriftlich zu bestätigen. Weiter bleibt er aber dennoch, ebenso wie die ausländischen Arbeiter, dem AuslG unterworfen; dessen besondere Anwendung im Verbot der politischen Betätigung liegt.

Hier ist besonders der § 6 Abs. 3 AuslG in Anwendung gebracht worden, der von vornherein jede politische Betätigung verbietet, die die „freiheitlich-demokratische Grundordnung der BRD gefährdet“ oder aber dazu bestimmt ist, „Parteien, andere Vereinigungen, Einrichtungen oder Bestrebungen zu

Das westdeutsche Fremdenrecht wird in Zukunft in erster Linie aus bi- und multilateralen Abkommen innerhalb des EWG-Bereichs und seiner integrationsfähigen Nachbarn sowie aus polizeilichen Maßnahmen zur Aufrechterhaltung des „Rechts“-Friedens bestehen. Das gültige AuslG ist daher wie seine Reform schon jetzt in Form und Inhalt tendenziell veraltet, seine Kritik daher weitgehend theoretischer Natur.

Aber es gibt auch noch eine andere Möglichkeit der Kritik der Ausländergesetzgebung.

DAS IST DIE DER INTERNATIONALEN ARBEITERKLASSE. Die Kritik wird sich wenig mit juristischen Feinheiten abgeben. Denn Ausländerrecht ist Klassenrecht. Und die richtige Kritik daran ist darum

DER PROLETARISCHE UND INTERNATIONALISTISCHE KLASSENKAMPF!

verantwortl. für die Seiten zum Ausländerrecht: K. Rothfahl (SAG)

fördern, die mit den Verfassungsgrundsätzen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung nicht vereinbar sind“.

Das heißt aber, daß Agitation in den Betrieben und in der Universität, die die Notwendigkeit der Beseitigung der volksfeindlichen Regimes etwa in Spanien, Portugal, Griechenland oder der Türkei propagiert, mit sofortiger Ausweisung Fortsetzung auf Seite 5

US-VERKAUF

H. PETERMANN

Deutschlands größtes Spezialgeschäft mit der Riesenauswahl in:

JEANS, CORD-JEANS, FREIZEIT-, WETTER-BEKLEIDUNG

jetzt KORTUMSTRASSE 31

in modernen Räumen (früher Rathausplatz)

Ausländische Studenten

Fortsetzung von Seite 4
geahndet werden kann. Jedenfalls ist dieser Passus in Verbindung mit wohlkonstruierten Verwaltungsvorschriften schon oft herangezogen worden, um die Arbeit der CISNU, CUPS, GSV etc. zu unterbinden.
Er dient ebenso dazu, Aktionen zu unterbinden, die sich gegen die US-Imperialisten richten oder gegen Vertreter von solchen Unterdrückungsregimes wie sie in Brasilien, Indonesien, Iran etc. herrschen. Er dient auch dazu, z. B. die Zusammenarbeit mit fortschrittlichen Kräften innerhalb der US-Armee in der BRD zu beschränken bzw. zu unterbinden zu versuchen.
Dennoch reichen das AuslG von 1965 und die Ausführungsbestimmungen samt den anderen Verordnungen noch nicht aus, die gewünschte Disziplinierung zu bewirken. Aus diesem Grund wurde das **Verfassungsschutz - Änderungsge- setz** entworfen, das das 1950 für die Bekämpfung der westdeutschen Kommunisten geschaffene **Verfassungsschutzgesetz** dahingehend er- weitert, daß der Verfassungsschutz auch die **volle Überwachung der ausländischen Vereinigungen und Organisationen in der BRD** übernimmt und in Zusammenarbeit mit den westdeutschen Behörden und den verschiedenen ausländischen Geheimdiensten eine umfangreiche Bespitzelung und Kontrolle vorber- eitet und durchführt.
Diese Funktion beschränkt sich dabei nicht nur auf Studenten und Arbeiter aus den süd- und südost- europäischen Ländern und den unterentwickelt gehaltenen Ländern der Dritten Welt, sondern gilt auch für die fortschrittlichen Kräfte in den imperialistischen Ländern

selbst. So wird u. a. an einer **zentralen europäischen Kartei zur Erfassung gefährlicher „Linksradikaler“** gearbeitet. Wie gut die Zusammenarbeit hier klappt, zeigen die Fälle Mandel, Kathleen Cleaver, Bernadette Devlin etc.
Das Verfassungsschutzänderungs- gesetz wie die ebenfalls in Vorber- eitung befindlichen Änderungs- gesetzte zum Vereinsgesetz unterwer- fen besonders die Organisationen der fortschrittlichen Studenten aus dem Iran, Griechenland, Türkei, Spanien, Portugal, Korea, Indone- sien, Palästina etc. strikter politi- scher Reglementierung. So will man u. a. mittels des Vereinsgesetzes an die Mitgliederlisten dieser Organi- sationen herankommen. Wo diese dann sofort landen, ist nach den Erfahrungen der letzten Jahre klar, so wie zum Beispiel die Münchener Polizei Namenslisten der persischen Studenten, die das persische Gene- ralkonsulat in München besetzt hat- ten, an den SAVAK (persischer Ge- heimdienst) auslieferte.
Was das für die Genossen bedeu- tet, wenn sie in die Hände der staatlichen Unterdrückungsapparate ihrer Heimatländer fallen, kann sich wohl jeder selbst ausmalen: „Ein Erschießungskommando hat am Mittwoch sechs Personen in Per- sien hingerichtet, die wegen „staatsfeindlicher Tätigkeiten, Sa- botage, Mord und Raubüberfall“ von einem Militärgericht zum Tode verurteilt worden waren. Die Hin- gerichteten gehörten einer Gruppe von insgesamt 23 Personen an, die sich vor dem Militärgericht zu ver- antworten hatten. Neun andere Mitglieder dieser Gruppe wurden von einem Berufsgericht eben- falls zum Tode durch Erschießen

verurteilt, nachdem über sie zuvor eine lebenslange Haftstrafe aus- gesprochen worden war.“ (WAZ vom 2. 3. 72)
Das momentan verschärfte Vor- gehen gegen die ausländischen Ar- beiter und Studenten in der BRD reiht sich ein in die zunehmende Legalisierung offener Unterdrück- maBnahmen der Herrschenden zur Disziplinierung der demo- kratischen und sozialistischen Be- wegung.
Dies zeigt sich im Berufsverbot für Demokraten und Sozialisten, dem in einigen Ländern durchge- setzten Wehrkundeerlaß und am neuen Betriebsverfassungsgesetz.
Auch ausländische Arbeiter und Studenten bekommen diese **Offensive der herrschenden Klasse** aufs schärfste zu spüren. Sie hat gese- hen, daß ein großer Teil der aus- ländischen Kollegen bei den Streiks der Chemie- und Metallarbeiter sich mit ihren deutschen Kollegen solidarisiert hatte und sich nicht als Streikbrecher mißbrauchen ließ.
Die Kapitalisten wissen um die Bedeutung der ausländischen Stu- denten für den antiimperialisti- schen Kampf, um die Aufklärungs- arbeit, die diese Studenten leisten, indem sie den offenen Terror fas- chistischer Marionettenregierun- gen und die Interessen des west- deutschen Kapitals in ihren Hei- matländern aufzeigen.
Deshalb haben Genscher und Co. die oben beschriebenen Aktivitäten ergriffen. Deshalb aber kann es für uns nur heißen:
KAMPF DER POLITISCHEN UNTERDRÜCKUNG!
SCHLUSS MIT DER BESPITZELUNG UND DISKRIMINIERUNG AUSLÄNDISCHER ARBEITER UND STUDENTEN UND IHRER ORGANISATIONEN!

Communique der Kommandoführung der FNL: 90000 Feinde außer Gefecht gesetzt!

Innerhalb eines Monats, vom 30. März bis zum 1. Mai, haben die Volksstreitkräfte zusammen mit der südvietnamesischen Bevölkerung mehr als 90000 Feinde getötet, verwundet oder gefangen- genommen. Die Befreiungskräfte haben Tausende von Garnisonen vernichtet oder zur Aufgabe gezwungen, haben die Provinz Quang Tri völlig befreit, ebenso zahlreiche Dörfer mit insgesamt 2 Millionen Einwohnern.

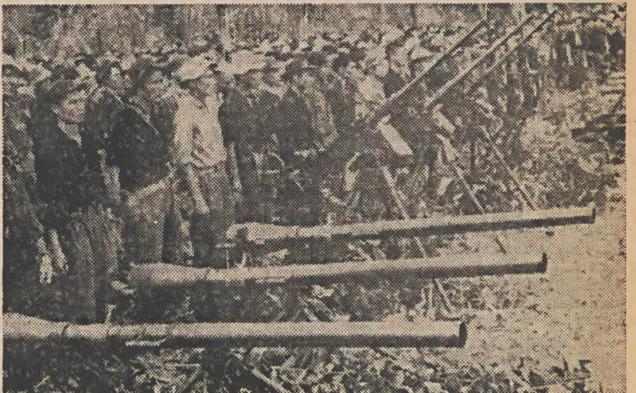


VIETKONG-TRUPP STÜRMT STELLUNG DER REGIERUNGSTRUPPEN

Zu Beginn des Frühjahrs 1972 be- fand sich der Kampf unseres Volkes gegen die amerikanischen Aggressoren in einer neuen, sehr günstigen Situation. Die bewaffne- ten Kräfte und die Bevölkerung haben, indem sie ihre Operations- initiativ und ihre zunehmend sieg- reiche Position ausnutzen, sowie die Entschlossenheit des ZK der na- tionalen Befreiungsfront und der provisorischen Revolutionsregie- rung Südvietnams erkannten, in ganz Südvietnam eine Großoffensi- ve von außerordentlichem Umfang gegen die militärischen und politi- schen Kräfte des Feindes entfesselt.
Der Angriff begann an allen Fronten von Quang Tri, Thua Thi- eu und im Mekong Delta. Schon nach einem Monat heroischen und unbarmherzigen Kampfes haben unsere bewaffneten Kräfte Siege errungen, die in jeglicher Hinsicht einfach außerordentlich waren.
Die Einheiten haben dem Feind erhebliche Schläge versetzt, vor al- lem einem Großteil seiner beste- henden Streitkräfte und einer be- achtlichen Quantität der feindlichen Kriegsmittel, indem mehrere Ver- teidigungskomplexe und Verteidi- gungslinien, die vor mehr als 10 Jahren in strategisch wichtigen Ge- bieten errichtet worden waren, restlos vernichtet wurden. Der Un- terdrückungsapparat der Amerika- ner und der Thieu-Clique ist an der Basis auf dem Land zerschlagen worden. An vielen Stellen wurde der Plan der „Pacification“ zum Erliegen gebracht und weite vietna- mesische Gebiete befreit. An der Front von Quang Tri bis Thua Thi- eu haben unsere bewaffneten Kräfte mit Unterstützung der Bevölke- rung das Befestigungssystem des Feindes im Norden und im Süden an der Nationalstraße 9 heftig an- gegriffen und vernichtet.
In den Hochebenen wurden meh- rere Basen in den Bergen ange- griffen und vernichtet; die Natio- nalstraße 19 ist abgeschnitten wor- den. Der größte Teil der Provinz Kontum sowie einige Stellen in Pleiku sind befreit worden. Momen-

tan sind unsere Kräfte dabei, den Feind in der Stadt Kontum einzu- kreisen (was inzwischen geschehen ist).
Die FNL-Streitkräfte haben den Feind im Norden von La Khe heftig berannt und die innere Vertei- digungslinie des Gegners im Norden und Nordosten von Saigon stark bedroht.
Im Mekongdelta haben unsere Kämpfer und die Bevölkerung seit dem 6. April zahlreiche Divisionen, viele reguläre Einheiten der Marion- netten sowie eine große Anzahl von militärischen Distrikt-Kommandos- stellen heftig angegriffen, viele Garnisonen vernichtet und den Feind auf mehreren wichtigen Ver- bindungslinien angegriffen. Die Be- wohner von fast allen Provinzen haben sich gegen die Imperialisten erhoben, um ihre souveränen Rechte wiederzuerlangen.
Nixon hat, um seine Truppen zu retten, seinen einzigen Trumpf ge- zogen, indem er die Verstärkung der See- und Luftstreitkräfte an- ordnete, inbegriffen die Bomber- flotte der B-52, welche noch stärker als zu Johnsons Zeiten ist.
An der Kampffront verstärken sich jedoch die Volksstreitkräfte und tragen außerordentliche Siege davon. Die amerikanische Luftwaffe und die Schiffsflotte haben des- halb die Marionettenarmee nicht retten können. In der Absicht, aus ihrer verlorenen Situation heraus- zukommen und die Kampfen- entschlossenheit des vietnamesischen Volkes zu bremsen, haben die ame- rikanischen Imperialisten das aben-

und unterstützt die Front durch Le- bensmittel und Kämpfer und trägt so ihren Teil zum Kampf bei.
Die Kampfhandlungen in den Städten Saigon, Hue und Da Nang nehmen an Schärfe zu; wir verlan- gen von den Amerikanern bedin- gungslos Abzug, Beendigung des aggressiven Krieges gegen Vietnam und die Auslieferung der Marion- nettenclique Thieu.
Die Angehörigen der FNL haben sich zusammen mit der Bevölke- rung in vielen Gebieten gegen die feindlichen Truppen erhoben und treten so für die Politik der provi- sorischen Revolutionsregierung Südvietnams ein, die im „10-Punkte- Programm“ festgelegt ist.
Mehr als 2 Millionen Einwohner haben erlebt, wie ihre Heimatdör- fer wieder befreit worden sind. Da- durch wurden der „Vietnamisie- rung“ Nixon's harte Schläge ver- setzt; die Vorstellung, daß die for- cierte Kraft der Luftwaffe und der US-Marine diese Strategie retten könnte, wurde damit ein für alle- mal zunichte gemacht.
Die Quelle aller Kraft, welche diese Siege hervorgebracht hat, liegt im unbesiegbaren Volkskrieg, in der umsichtigen und korrekten Führung, in der militärischen Stra- tegie des Volkes, welches es ver- steht, die Angriffsinitiative zu be- halten.
Es ist die unbesiegbare Ent- schlossenheit unserer 40 Millionen Patrioten im Süden und im Nor- den, den Süden zu befreien, den so- zialistischen Norden zu verteidigen und beide zu vereinigen.



teuerliche Verbrechen auf sich ge- nommen, die Luft- und Seangriffe auf die Demokratische Republik Vietnam in blinder Wut zu intensi- wendigen und, was besonders schwe- rigend ist, sie haben mehrere Wohnviertel Haiphongs und Hanois bombardiert.
Die Bevölkerung der neu befreiten Gebiete nimmt an den Kämpfen gegen die amerikanischen Angreifer teil und bemüht sich, ihre Ge- biete neu aufzubauen und zu festi- gen, stabilisiert das Alltagsleben

Es ist dies die globale Kraft un- serer 3 Angriffspunkte (der bewaff- nete Kampf, der politische Kampf und die Agitation dem Feind ge- genüber), unserer 3 Truppenkate- gorien (reguläre Truppen, regionale Kampfformationen und Guerilla- kämpfer).
Es ist auch der Rückhalt vom Norden, die Unterstützung, die uns vom sozialistischen Norden zu- kommt. Vor allem die Hilfe aller so- zialistischen Länder und die Unter- stützung auf Seite 6

Solidariedade com o povo Portugues! Solidarität mit dem portugiesischen Volk

„Obwohl es zwischen unserer Lehre und der faschistischen einige nebensächliche Unterschiede gibt, besteht eine Gemeinsamkeit von Ideen, die sie verbrüdet und eint in der heiligen Mission, die wir uns selbst auferlegen, um die Zivilisation zu verteidigen.“ Das sagte 1938 in Rom der damalige Führer der faschistischen Jugendorganisation Mocidade Portuguesa und heutige Mini- sterpräsident Portugals, Marcelo Caetano. Diesem Mann, der 1968 die Nachfolge Salazars antrat, sagt man nach, ein Liberaler zu sein. Freundlich lächelnd gibt er sich im staatlichen Rundfunk und Fernsehen in seinen „conversas em familia“ volksnah. Aber die Realität in Portugal sieht anders aus.

Portugal ist heute das Land mit den niedrigsten Löhnen in West- europa. Die Lebenshaltungskosten sind höher als die in der BRD. So müssen z. B. viele Arbeiter 50 Prozent ihres Lohnes für Miete aus- geben. Durch die Landflucht entste- hen immer größere Elendsviertel in der Umgebung der Städte. Um Lis- saron leben etwa 100 000 Menschen in notdürftig zusammengelagerten Holzhütten. Der Wohnungsbau bleibt hinter den Plänen zurück wegen der hohen Kriegsausgaben, die nominell etwa 50 Prozent des Staatshaushalts ausmachen, in Wirklichkeit seit 1966 jedoch jedes Jahr die 60-Prozent-Marke über- schritten.

Die nationale Bourgeoisie investi- ert kaum im Inland, dafür lieber in den Kolonien. Sie stützt sich wes- entlich auf den Export und ist da- her an einer Ausweitung des In- landmarktes, was höhere Löhne für die Arbeiter zur Voraussetzung hätte, nicht interessiert. Haupt- exportartikel ist Kork, für den es allerdings Absatzschwierigkeiten gäbe, wenn nicht die Sowjetunion der portugiesischen Bourgeoisie zu Hilfe gekommen wäre.

Seit 1964 sind ausländische Investi- tionen in Portugal zugelassen. Seitdem haben eine Reihe von Kon- zernen aus Großbritannien, der BRD, den USA, Frankreich und Ja- pan Fabriken dort errichtet, um das niedrige Lohnniveau auszunutzen und von Portugal aus zu exportie- ren. Ein weiterer Grund ist die günstige Ausgangsposition für einen Anteil des Reichtums in den Kolonien. Die Bedingungen für Investitionen in Portugal sind sehr günstig. Die Einfuhr von Ausrü- stungsgütern, Maschinen und Roh- stoffen ist zollfrei, die Gewinne sind in den ersten Jahren steuer- frei. Gewinne können in beliebiger Höhe ins Ausland transferiert wer- den.

Die portugiesischen Arbeiter und Bauern müssen nicht nur den 200 reichen Familien des Landes und den ausländischen Investoren ihre hohen Profite erwirtschaften, son- dern auch noch an drei Fronten für die Imperialisten die Völker von Angola, Guinea-Bissau und Mo- sambik, bekämpfen. Der Kriegs- dienst dauert mindestens drei, meis- tens jedoch vier Jahre. Reserve- offiziere können jederzeit wieder für unbegrenzte Dauer einberufen werden.

Wer seinen Kriegsdienst lebend überstanden hat, kann einen Paß bekommen und darf auswandern. Die Auswanderung ist in den letz- ten Jahren erleichtert worden, weil sie neben dem stark zunehmenden Fremdenverkehr die wichtigste Einnahmequelle für Devisen ist, die für die Kolonialkriege dringend gebraucht werden. In Frankreich leben gegenwärtig etwa 650 000 Portugiesen. In der BRD gibt es un- gefähr 60 000 portugiesische Arbei- ter.

Die Macht der Bourgeoisie und der Imperialisten ist in Portugal jedoch nicht mehr unangefochten. Die Reaktionen des Lissaboner Re- gimes zeigen, daß dort die Gefahr erkannt worden ist. Nicht nur der Kampf in den Kolonien, in dem die afrikanischen Völker immer grö- ßere Erfolge erzielen, sondern auch der Widerstand in Portugal selbst



sind Grund für die Angst der wirk- lichen Terroristen, nämlich derer, die das Volk terrorisieren.
Es gibt nicht nur eine Studenten- bewegung, die sich in zahlreichen Kämpfen mit der politischen Poli- zeil, der PIDE, die Caetano ange- blich abgeschafft, in Wirklichkeit aber nur in DGS umbenannt hat, und der Guarda Republicana radi- kalisiert hat. Es finden auch immer häufiger trotz des Verbots Streiks statt, so z. B. Anfang dieses Jahres bei Grundig in Braga. Der ultra- rechte Innenminister Rapazote, dem auch die DGS untersteht, be- zeichnete die Streiks als „Vorstufen des Bürgerkrieges“, womit er recht haben könnte, wenn er unter Bür- gerkrieg den Kampf des Volkes ge- gen seine Unterdrückung und die Errichtung der Diktatur des Pro- letariats durch die gewaltsame Re- volution versteht. Immer mehr wird klar, daß der bewaffnete Kampf wie in den Kolonien so auch in Portugal das einzige Mittel ist, die Bourgeoisie auf die Knie zu zwin- gen. Im vorigen Jahr wurde die Kommunistische Partei Portugals (Marxisten-Leninisten) gegründet.
Ein Zeichen für die Zuspitzung der Widersprüche ist auch die kürz- liche Schließung einer Reihe von Korporativen, in denen sich laut Artikel 16-18 der Verfassung über- all im Land Interessengruppen von Bauern, Arbeitern und Studenten zusammengeschlossen haben, in der Regel, um sich ökonomische Vor- teile zu verschaffen. Aber es gab in den korporativen auch Diskussio- nen und Bildungsveranstaltungen. Davor hat der Staat Angst.
Angst hat der Staat auch davor, daß sich die portugiesischen Arbei-

ter im Ausland organisieren und nach der Rückkehr den Kampf im eigenen Land verstärken könnten. Darum wird alles getan, um die Ar- beitsemigranten im Ausland zu „betreuen“. Die Regierung bedient sich dabei der katholischen Caritas. Portugiesische Sozialarbeiter arbei- ten z. B. in der BRD jeweils für bestimmte Regionen. Sie halten in den Orten, wo Portugiesen arbei- ten, Sprechstunden ab. Wo möglich, initiieren sie mit Hilfe der deut- schen Caritas portugiesische Zen- tren, wo die Arbeiter mit allerlei Spielmaterial daran gehindert wer- den, über ihre Lage zu diskutieren. Für ihre Leistungen zieht die Caritas vom Lohn der portugiesischen Arbeiter monatlich Kirchensteuer ein.
Die deutsche Caritas organisierte dieses Jahr in Königstein für ihre portugiesischen Kollegen eine Jah- resversammlung. „Zufällig“ trafen sich zur selben Zeit am selben Ort der portugiesische Botschafter in Bonn und die portugiesischen Kon- sulin in Hamburg, Düsseldorf, Stutt- gart und Frankfurt. Die Zusammen- arbeit funktioniert. Was nicht mehr einwandfrei funktioniert, ist die Einschüchterung der Arbeiter. Zwar gehen noch viele zu den von Caritas, Banken und Botschaft or- ganisierten Festen, aber schon ent- stehen — wenn auch unter schwie- rigen Bedingungen — eigene Zen- tren der Arbeiter; in denen sie dis- kutieren und sich über die Situation in ihrem eigenen Land informieren. Zu solcher Information haben sie in Portugal selbst keine Möglic- keit. Jede Information wird zen- siert. Das ist auch nach der Verab- scheidung des neuen Pressegesetzes

nicht anders, das eine der „libera- len“ Taten Caetanos ist. An die Stelle der Zensur tritt die nach- trägliche Zensur aufgrund von Kri- terien wie Allgemeinwohl, nationa- le Integrität und dergleichen.
Wenn es auch leicht ist, das Ge- rede vom „liberalen“ Caetano und einigen „liberalen“ Abgeordneten in der Nationalversammlung wie Sá Carneiro, Balzimo und Pinto Leite zu widerlegen, so muß man sich doch fragen, was dahinter- steckt.
Die portugiesische Bourgeoisie ist in der Tat gespalten. Auf der einen Seite steht die nationale Bourgeoi- sie, die in dem Sinne konservativ ist, daß sie gegen die Zunahme der ausländischen Investitionen ist und auch die Kolonien möglichst allein ausbeuten möchte.
Die „Liberalen“ dagegen vertre- ten die „Öffnung nach Europa“, d. h. die Öffnung Portugals für den Imperialismus, in erster Linie den der BRD. Sie wollen das eigene Land in einen attraktiven Absatz- markt umwandeln und brauchen deshalb die Technokraten für Re- formen. Um die Reformen durch- führen zu können, brauchen sie Ruhe und Ordnung.
Für das portugiesische Volk be- deuten beide Seiten gegenwärtig noch dasselbe. Wichtig ist aber, den Widerspruch im Lager der Bourgeoi- sie für die Interessen des Volkes auszunutzen.
Einen wichtigen Beitrag zum poli- tischen Kampf in Portugal leistet die portugiesische Rote Hilfe. Kon- taktadresse für Mitteleuropa: Postbus 10 534, Amsterdam.
ES LEBE DER KAMPF DES PORTUGIESISCHEN VOLKES: ES LEBE DER KAMPF DER VÖLKER VON ANGOLA, GUINEA-BISSAU UND MOSAMBIK! SIEG IM VOLKSKRIEG!

3x in Nähe der Uni
SPARKASSE
Hustadt, Auf dem Backenberg 3 Tel. 70 10 15
SPARKASSE
Universität, Buscheystraße 132 Tel. 70 16 74
SPARKASSE
Girondelle, Steinkühlstraße 119 Tel. 7 39 72
- in Ihrer Nähe -



Demonstrierende Studenten in Südvietnam fordern den Abzug der US-Streitkräfte

Communique der FNL

Fortsetzung von Seite 5

stützung und Solidarität der ganzen progressiven Bewegung haben uns noch mehr Kraft gegeben im Kampf gegen den Feind.

Unsere Volksstreitkräfte möchten bei dieser Gelegenheit und an dieser Stelle ihren aufrichtigen Dank für die internationale Unterstützung aussprechen.

In diesen letzten Schlachten haben die verschiedenen Fronten, die Spezialtruppen der FNL, die regulären Truppen, die Guerillas alle bis aufs letzte gekämpft und dabei Schlag auf Schlag enorme Siege davongetragen.

In dem Ausmaß, wie gekämpft wurde, haben unsere Truppen an Macht und Stärke zugenommen und sind nun fest entschlossen, den Feind zu besiegen.

Das Kommando der Volksbefreiungskämpfe Südvietnams beglückwünscht alle Kämpfer, die während dieser Offensive an den Eroberungen und Erfolgen teilgenommen haben.

Auf daß der Kampf für die Befreiung unseres Landes, für die Errichtung der Volksherrschaft noch mehr Unterstützung finde: die Kräfte unserer Volksfront mögen gefestigt, weiter ausgebaut und weiterentwickelt werden!

In den befreiten Gebieten muß das Leben stabilisiert werden, jegliche Sabotagemanöver des Feindes

müssen zum Erliegen kommen und ausgeschaltet werden.

Wir haben Nixon & Co zu sagen: es wird unmöglich sein, das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Je hartnäckiger und grausamer die Aggressoren werden, desto stärkere Rückschläge und Niederlagen haben sie zu erwarten.

Unsere Väter haben schon in der Vergangenheit die Feindestruppen geschlagen und sie in Angst und Schrecken versetzt. Noch vor wenigen Jahren hat unser Volk bei Dien Bien Phu so gesiegt, daß es in der ganzen Welt Aufsehen erregt hat.

Zur Zeit haben wir die Aufgabe, die amerikanischen Aggressoren zu besiegen. Nur unter ungeheuren Anstrengungen werden wir diesen Kampf bestehen, wir werden um jeden Preis das realisieren, was unser vielgeliebter Präsident Ho Chi Minh gesagt hat:

„Solange ein Aggressor in unserem Land ist, müssen wir den Kampf weiterführen, um ihn endgültig herauszuwerfen.“

Kader und Kämpfer an allen Fronten, marschiert mutig vorwärts!

Wir werden den vollständigen Sieg erringen!

Südvietnam, im Mai 1972 (aus dem Französischen übersetzt. Wir bitten die Übersetzung zu entschuldigen. Die Redaktion)

Gewerkschaftlicher Kampf gegen Gewerkschaftsfunktionäre bei Opel

Die Vorgänge, die sich vor und nach der Betriebsratswahl bei Opel am 9. Mai abspielten und noch abspielen, sind symptomatisch für das „gewerkschaftliche“ Bewußtsein mancher Gewerkschaftsfunktionäre gegenüber den materiellen Interessen der Arbeiterschaft, die sie an sich vertreten sollen.

Am 9. Mai wurde bei Opel ein neuer Betriebsrat gewählt. Neben der offiziellen Liste 1 der IG Metall stellten sich mehrere andere Listen zur Wahl, von denen die oppositionelle Gewerkschaftsliste 2 den Funktionären der Liste 1 den Kampf ansagte. Diese hatten 'mal wieder versucht, ihr Schäffchen ins Trockene zu bringen, sprich: ihre eigenen altbekannten Leute auf die vordersten Plätze der Liste zu setzen. Mit den chancenlosen hinteren Plätzen sollten sich die zufriedengegebenen, die versuchten, durch ein Programm die Forderungen der Arbeiter zu artikulieren, und die bereit waren, für diese Forderungen nach ihrer Wahl auch zu kämpfen. Dagegen wurde die Liste 1 hinter den verschlossenen Türen der Vertrauensleute-Vollkonferenz ausgemuschelt, obwohl die oppositionellen Gewerkschaftler eine Mitgliederversammlung aller Metaller bei Opel gefordert hatten.

Im Gegensatz zum undemokratischen Verfahren wurde auf einer öffentlichen Versammlung das Programm der Liste 2 von den anwesenden Arbeitern diskutiert und einstimmig angenommen. Auf dieser Grundlage wurden dann die Kandidaten der Liste gewählt. Der alte Betriebsrat auf der offiziellen Liste hatte es nicht für nötig befunden, ein Programm zu formulieren. Allerdings versuchte er nachträglich, durch die Plagiarisierung einiger Programmpunkte der Liste 2 für die eigene Liste zu werben. Doch war das noch lange nicht alles, was die Arbeiterfeindlichkeit der Betriebsräte entlarvte. In einer beispiellosen Hetzkampagne versuchten sie mit allen Mitteln, die fortschrittlichen Gewerkschaftler der Liste 2 zu behindern und vor den Augen der Arbeiter zu diskriminieren (was allerdings auch ganz verständlich erscheint, wenn man bedenkt, daß ein wesentlicher Programmpunkt der Liste 2 die Kontrolle der Betriebsräte durch die Belegschaft fordert):

1. Einige Mitglieder der Liste 2, u. a. ein spanischer Kollege, wurden daran gehindert, vor der Belegschaftsversammlung zu reden (mit Entlassungsdrohung).

2. Nach den Betriebsratswahlen, bei denen die Liste 2 immerhin fast 2000 Stimmen auf sich ziehen konnte, versuchte man mittels De-

nunziationen (z. B. die Kollegen der Liste 2 seien Nazis oder Kommunisten) den Arbeitern Unterschriften abzuschwindeln, mit deren Hilfe die Kandidaten der Liste 2 entlassen werden sollten.

Als letzte Maßnahme wurde schließlich mit Hilfe eben dieser Unterschriften ein Verfahren gegen die Gewerkschaftler eingeleitet, die nicht die offizielle Liste unterstützten, also gegen Kandidaten und Sympathisanten der oppositionellen Gewerkschaftsliste. Damit ruhen alle Rechte und Pflichten der Betroffenen, auch der 5 in den neuen Betriebsrat gewählten Mitglieder der Liste 2. Sie sind somit zur Aktionsunfähigkeit verurteilt, was den alten und neuen Betriebsratsmitgliedern nur recht sein kann.

Mit dem formalen Argument der Spaltung und des Abweichertums von der Gewerkschaftseinheitsfront versuchen rechte Gewerkschaftler, Antikommunisten und bürgerliche Presse den Erfolg der Opelarbeiter als Einbruch von Radikalen zu kriminalisieren, was konsequent in die rechte Strategie der Hetze gegen Linke, wie sie sich gegenwärtig allerorten zeigt, paßt. Daß auch die SPD hierin übereinstimmt, zeigt folgendes aktuelles Beispiel: Nachdem die Jungsozialistengruppe des „Sozi-Infos“ sich mit dem Arbeiterprogramm der Liste 2 solidarisiert hatte, wurde ihr mit einem Ausschlussverfahren gedroht.

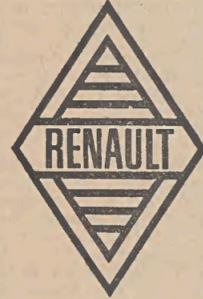
In den Ruf gewerkschaftsschädigenden Verhaltens stimmte unterdessen auch die DKP-Betriebsgruppe mit ein, deren opportunistisches Verhalten bei Opel in die revisionistische Strategie der DKP paßt: Nachdem Teile der DKP-Betriebsgruppe im letzten Augenblick noch eine eigene Liste aufstellen wollten, als sie sahen, daß die Stimmung der Arbeiter eindeutig gegen die offizielle Liste gerichtet war, konnte sich die DKP letztlich doch nicht entschließen, die Forderungen der Opelarbeiter aufzunehmen. Denn gewerkschaftlicher Kampf heißt bei der DKP: Demobilisierung der Arbeiterschaft.

Gewerkschaftlicher Kampf der Arbeiter kann jedoch nur heißen: **STÄRKUNG DER ARBEITERKLASSE IM KAMPF GEGEN KAPITALISTISCHE AUSBEUTUNG UND POLITISCHE UNTERDRÜCKUNG!**

Ihre Kommilitonen können es bestätigen ...

Reparaturen an allen Autos

gut schnell preiswert



C. M. Schötteldreier

4630 BOCHUM

Herner Straße 107

Telefon 1 43 36

Service, Verkauf Ersatzteillager

Wir reparieren – und tauschen nicht nur aus!

Vorläufiges Ergebnis der Wahlen zum Satzungskonvent

Wahlberechtigt: 14400

abgegebene Stimmen: 4814 = 33,43 %

Direktkandidaten:

Wahlkreis 1: Reichling	BSU/SLH
Wahlkreis 2: Koretz	BSU/SLH
Wahlkreis 3: Klein	SAG
Wahlkreis 4: Wagner	BSU/SLH
Wahlkreis 5: Schlinkert	SHB/SF
Wahlkreis 6: niemand, da mehr Nein-als Ja-Stimmen	

Zweitstimmen:

Liste 1 (BSU/SLH)	2044	BSU/SLH	8
Liste 2 (SAG)	1203	SAG	5
Liste 3 (MSB Spartakus)	545	MSB	2
Liste 4 (SHB/SF)	933	SHB/SF	3
			18

RATSCHLAG FÜR KINOGÄNGER

von Busby

diskutabel – STUDIO – ab 16.6.

DIE KATZE, nach Georges Simenon, mit Jean Gabin und Simone Signoret. Die zwei Alten im Abbruchviertel quälen sich, die Ehe ist längst zerfallen, und ringsum toben die Baumaschinen. Psychologisches Kammerstück mit Reminiszenzen an Arrabals „Guernica“, und mit der hervorragenden Leistung der Signoret.

hervorragend – INTIMES – ab 16.6.

Nicholas Ray: DENN SIE WISSEN NICHT, WAS SIE TUN, USA 1955, mit James Dean, Natalie Wood und Sal Mineo. Im Original heißt der Film „Rebell ohne Sache“ (oder: Ursache; Rebel without a Cause) und setzt sarkastische Fragezeichen. In der Tat ist dieser Film unter den gemäßigst gesellschaftskritischen Hollywood-Produktionen der bitterste. Der nur an der Oberfläche melodramatische Film rechnet ab mit american way of life, mit männlicher Aggressions-Sucht und Sexualmoral.

sehenswert – BALI – nur 16.6.

Richard Brooks: DER MILLIONENRAUB, mit Warren Beatty. Bizarr gescheiterter Reißer mit Robin-Hood-Moral.

annehmbar – STUDIO – ab 23.6.

DIE COMANCHEROS von Michael Curtiz, USA 1961, mit John Wayne und Lee Marvin. Western mit Schaufelradampfern, Indianern und Justizkorruption. Zügig gemacht und mit einiger Ironie.

STUDIENKREIS FILM

ACHTUNG: SONDERPROGRAMM DELMER DAVES

Dienstag, 20. Juni, NUR 18.00 Uhr!

DER EINSAME ADLER (Drum Beat). Regie: Delmer Daves, mit Alan Ladd. Originalfassung, USA 1954, Farbe: CScope. Johnny McKay (Alan Ladd), ein Indianerjäger, wird Friedenskommissar in einem Indianerreservat, um die aufsässigen Indianer zur Ordnung zu bringen. Nach langen Friedensverhandlungen wird wieder das Kriegsbeil ausgegraben. Es gibt viele Tote, bis McKay den aufsässigen Häuptling fangen und vor Gericht bringen kann. – Die Indianer sind differenziert und fast dokumentarisch dargestellt – damals eine epochale Neuerung.

NUR 20.00 Uhr!

DIE SCHWARZE NATTER (Dark Passage). Originalfassung, USA 1946. Regie: Delmer Daves, mit HUMPHREY BOGART, Lauren Bacall und Agnes Moorehead. Musik: Franz Waxmann. Ein wegen Mordes an seiner Ehefrau unschuldig verurteilter Häftling (Humphrey Bogart) bricht aus St. Quentin aus und betreibt seine Rehabilitation. Einer der wichtigsten und spannendsten Filme der sogenannten „Schwarzen Serie“, die das Amerika der Nachkriegsjahre düster und pessimistisch skizzierte hatte.

Mittwoch, 28. Juni, 18.00 und 20.30 Uhr.

DAS GEHEIMNIS DER FALSCHEN BRAUT (La sirène du Mississippi). Frankreich 1969, Farbe, CScope. Regie: Francois Truffaut, mit Jean Paul Belmondo, Catherine Deneuve. Die Leidenschaft zu einer Frau kettet einen Fabrikbesitzer bedingungslos an ihre abenteuerliche Existenz, nimmt ihm sein Vermögen und macht ihn zum Mörder. Ein schöner und böser Spaß.

Donnerstag, 29. Juni, 18.00 und 20.30 Uhr.

DER STERN DES GESETZES (The Tin Star), USA 1957, Farbe, CScope. Regie: Anthony Mann. Musik: Elmer Bernstein, mit HENRY FONDA, Anthony Perkins. Ein Fremder reitet in die Stadt: Es ist Henry Fonda, er hat eine Leiche auf dem Beipferd. Er ist einer, der für Geld gesuchte Bösewichter umlegt. Früher war er einmal Sheriff gewesen, aber die Bürger haben ihm seinen Einsatz nicht gedankt. So ist er zum einsamen Killer geworden.

Mittwoch, 21. Juni, 18.00 und 20.30 Uhr.

FALSTAFF (Campanadas a medianoche) OmU. Regie: Orson Welles, mit ORSON WELLES, Jeanne Moreau, Margarete Rutherford, John Gielgud. Bei seiner Krönung wendet sich Heinrich V. von Falstaff, seinem Jugendfreund ab und stößt ihn in die Einsamkeit. Die Beschreibung der Gestalten Shakespeares wird von der Sprache des Dichters und den eindringlichen Bildern von Orson Welles geprägt, die schließlich ihren Höhepunkt in der Darstellung der Schlacht von Shrewsbury erreicht.

Die Reproduktion von Herrschaft durch den Ausbildungssektor

Daß zunehmende politische Disziplinierung an Schulen und Hochschulen, wie sie sich spektakulär nur als Spitze eines Eisberges im Ministerpräsidentenerlaß zu den Berufsverboten, in der politisch motivierten Ablehnung unliebsamer Personen (z. B. Mandel, Holzer, Lefèvre), bei Polizeieinsätzen in Universitäten und den Bonner Relegationen in letzter Zeit dargestellt hat, nur im Zusammenhang mit der zunehmenden politischen Unterdrückung in anderen gesellschaftlichen Bereichen, vor allem in der Produktionssphäre gegen das Proletariat als revolutionärem Subjekt gesehen werden muß, ergibt sich nicht nur aus der historischen Parallelität.

Es reicht auch an dieser Stelle nicht, allgemein das Verhältnis Kapital und Ausbildung zu konstatieren und die daraus notwendige Erkenntnis zu benennen, daß sich im Ausbildungssektor die Struktur der kapitalistischen Gesellschaft reproduziert.

Zur Bestimmung einer sozialistischen Hochschulstrategie, die geeignet ist, den Maßnahmen der politischen Unterdrückung seitens der Bourgeoisie in richtiger Weise entgegenzutreten, ist es notwendig zu begreifen, in welcher spezifischer Weise der Ausbildungssektor den allgemeinen Widersprüchen des Kapitalverhältnisses unterworfen ist.

Wir müssen davon ausgehen, daß mit der Erziehung und Ausbildung der Intelligenz, der Vermittlung von Kenntnissen und der Produktion von Wissen gleichzeitig auch die Klassenspaltung der Gesellschaft reproduziert wird. Die Absonderung des Ausbildungssektors von der Produktion ist nicht nur in der Hinsicht für das Kapital funktional, als nicht jedes Einzelkapital in der Lage ist, die Qualifikation der Ware Arbeitskraft zu produzieren, die geeignet ist, die Verwertungsbedingungen für's Gesamtkapital langfristig zu gewährleisten, sondern durch die Absonderung der Schüler und Studenten vom Produktionsprozeß wird der Ausbildungsprozeß selbst zu etwas Luxuriösem und – auf seinen höheren Stufen – per se bereits Privilegierendem; eine Privilegierung, die durchaus als Einübung auf die Wahrnehmung der späteren Privilegierung als Angehöriger der herrschenden Klasse verstanden werden kann.

An diesem Punkt wird allerdings klar, daß die durch die Entwicklung der Produktivkräfte notwendig gewordene kapitalistische Hochschulreform die ursprüngliche und quasi selbstverständliche personelle Reproduktion der herrschenden Klasse teilweise gefährdet und mit der bornierten Hierarchie kapitali-

stischer Herrschaftsverhältnisse in Konflikt kommt.

Solange im Bildungssystem ein verkappter Numerus clausus dergestalt herrscht, daß aufgrund der direkten und indirekten Kosten des Ausbildungsprozesses nur die herrschende Klasse ihren Kindern den Zugang zu seinen „höheren“, d. h. kostspieligeren Einrichtungen erkaufen konnte, war mit dem Besuch dieser Ausbildungsinstitutionen und dem Abschluß an einer Hochschule bereits der Einstieg in die Stufe der gesellschaftlichen Klassenhierarchie definiert.

Aber diese Zeiten sind vorbei. Heute ist nicht mehr selbstverständlich mit der Hierarchie der absolvierten Ausbildungsinstitution die Einstiegsstelle in die Klassenhierarchie der Gesellschaft gezeichnet. Die Anfang der 60er Jahre nach Propagierung des „Bildungsnotstandes“ und Empfehlungen des Wissenschaftsrates einsetzenden Kapazitätserweiterungen der Hochschulen bedeuteten auch gleichzeitig, daß wenigstens teilweise auf Kinder aus unteren kleinbürgerlichen Schichten und aus dem Proletariat zurückgegriffen wurde. Die zuerst rein quantitativ vorgenommenen Maßnahmen des Staates zur Planung des Ausbildungssektors, die später Mitte der 60er Jahre durch Effektivierung, d. h. Durchforstung der Universität nach den Prinzipien der optimalen Betriebsgrößen ergänzt wurden, hatten Folgen für die Situation der Studenten.

Die quantitative Erweiterung des sekundären und tertiären Bildungssektors bedeutete eben nicht gleichzeitig die quantitative Erweiterung der oberen Positionen in der ökonomischen Hierarchie, sondern weitgehend ein Auffüllen der sogenannten „Rezeptanwender“, um so die notwendig gewordene systematische Anwendung von Technologie in der Produktion voranzutreiben.

Der zuerst rein quantitativ vorgenommene Ausbau der Universi-

täten ohne die für das Kapital schon notwendig gewordene Umstrukturierung der Ausbildungsgänge und des Wissenschaftsbetriebes überhaupt, ließ für die Industrie Schwierigkeiten bei der praktischen Anwendbarkeit eines Teils der Intelligenz auftreten.

Dadurch, daß der Akademikertitel nicht mehr von vornherein als Anrechnung auf Mitgliedschaft in der herrschenden Klasse und ihren Einrichtungen fungiert, merkt auch der Akademiker, daß er wie der „einfache“ Arbeiter seine Arbeitskraft zu Markte trägt und den vom Kapital gesetzten Bedingungen des Arbeitstags unterworfen ist. Seine Bildung ist nun nicht einfach mehr etwas „Höheres“, sondern ordinärer Bestandteil seiner Ware Arbeitskraft.

Hinzu kommt die zunehmende Einschneidung der Privilegien im Ausbildungsstadium selbst. Kurzstudien, Reglementierungen, verschärfter Prüfungsdruck und Disziplinierungen sind Maßnahmen, die die Ausbildung zunehmend aus dem vormals luxuriösen Flair herausreißen.

Damit im Zusammenhang stehen die Auflösungserscheinungen bürgerlicher Ideologie, die dem Studenten nicht nur in seinem Bereich, in der faktischen Liquidierung der Ansprüche wie „Freiheit von Forschung und Lehre“ und anderen propagierten akademischen „Freiheiten“ bewußt werden, sondern auch gesamtgesellschaftlich deutlich werden, besonders durch die zunehmende Aggressivität des Imperialismus.

Die Auswirkung dieser Veränderungen – nämlich, daß die personelle Reproduktion der herrschenden Klasse nicht mehr wie selbstverständlich und naturwüchsig durch den tertiären Bildungsbereich erfolgt – wie sie sich als Höhepunkt in der Studentenbewegung in der zweiten Hälfte der 60er Jahre gezeigt hatten, diese Aus-



wirkung gilt es für den bürgerlichen Staat aus existenziellen Gründen – weil er Klassenstaat ist – abzublenden.

Gerade zu einem Zeitpunkt, an dem sich die Ideologie vom Klassenfrieden nach den Streikbewegungen seit 69 entlarvte, zu einem Zeitpunkt, wo die Bourgeoisie den „Klassenkampf von oben“ organisiert, ist ein starker loyaler Herrschaftsapparat für die Kapitalistenklasse zur Lebensfrage geworden.

„Hochschuldozenten, die die Herrschaftsstruktur der Gesellschaft fragwürdig machen und wissenschaftlich die Bedingungen für die Befreiung der Arbeiterklasse untersuchen; Lehrer, die nicht nur emanzipativen Unterricht im Sinne der Angleichung an bürgerliche Kommunikationsformen betreiben, sondern diese selbst problematisieren und damit als selbstverständliche, weil natürliche, destruierten und nichtbürgerliche, antikapitalistische Kommunikationsformen anstreben; Sozialwissenschaftler, die sich nicht als Sozialtechnologien einsetzen lassen; Techniker, die nicht nur an den technischen Bedingungen der Produktion interessiert sind, sondern auch nach Sinn und Verwendung ihrer Arbeit und Arbeitsergebnisse fragen – alle diese sind in jeder Beziehung zersetzende Elemente in der herrschenden Klasse, die sie ehemals wie selbstverständlich bildeten (Altwater, Kapitalistische Bildungspolitik).“

Fortsetzung auf Seite 7 im Artikel „Herrschaft und Ausbildung“

Linke Diskussion

Bemerkungen zu der RAF

Mit dem Kasten in der letzten BSZ über „die Trottel von der Bombenfront“ hat die Redaktion offenbar in ein Wespennest gestochen und eine ziemlich hitzige Diskussion provoziert. Obwohl sich in diesen Diskussionen so gut wie niemand mit der Praxis der Roten-Armee-Fraktion identifiziert, so wurde doch – und dies auch von liberal zu nennenden Personen – die zynische Form und die fehlende Auseinandersetzung mit der Theorie und Praxis der RAF kritisiert! Es fiel weiterhin auf, daß die Ablehnung der RAF um so konsequenter vertreten wurde, je präziser die Vorstellungen der Betreffenden über den Weg zum Sozialismus waren; das gilt auch für die Bochumer Vertretung des Anarchismus! Da wir meinen, daß die Problematik, die die RAF aufwarf, nicht mit der RAF verschwinden wird, werden wir im folgenden versuchen, die Praxis der RAF auf dem gesellschaftlichen Hintergrund zu reflektieren, in den sie sich selbst stellte.

Der historisch gesellschaftliche Hintergrund

Es gilt hier, eine historisch allgemeine und eine historisch besondere Formgenese bürgerlicher Herrschaft zu berücksichtigen. Historisch allgemein ist dem Kapitalismus die Tendenz, die Parlamente gegenüber der Exekutive, der Verwaltung, zu schwächen. Dieser Funktionsverlust der Parlamente resultiert aus einem Funktionswandel des Staates, der mit zunehmender Kapitalzentralisation und -konzentration immer öfter und schließlich geplant in den ökonomischen Reproduktionsprozess der Gesellschaft stützend eingreifen muß.

Das Monopolkapital erfordert so eine starke zentralisierte Staatsgewalt, die in ihren Aktionen weitgehend unabhängig ist von den Interessenkämpfen in den Parlamenten und der Kontrolle durch sie und die zudem unter weitreichendem Einfluß des Monopolkapitals steht. Ein Einfluß, dessen Aufrechterhaltung die ökonomische Macht des Großkapitals gewährleistet.

Die historisch besondere Form der Kapitalreproduktion in der BRD zeichnet sich aus durch einen Kapitalmangel in der Rekonstruktionsperiode der fünfziger und beginnenden sechziger Jahre, dem ein Kapitalüberschuß der übrigen kapitalistischen Welt gegenüberstand. Der so mögliche Kapitalimport und der Wiederaufbau der zerstörten Industrie und Infrastruktur ermöglichten einen weithin krisenfreien wirtschaftlichen Aufschwung ohne die Gefahr einer Überakkumulation, des Kapitalüberschusses, der Realisierungskrise, an deren Bewältigung die übrige Wirtschaft Westeuropas schon bald krankte, weil für sie die Bedingungen der typisch imperialistischen Methode, in einem solchen Fall, der Kapitalexport, weit ungünstiger waren und sind als für die USA zum Beispiel. Während sich daher in diesen Ländern die Klassenkämpfe intensiv und extensiv entfalteten, blieb die BRD aufgrund des objektiven Fehlens der ökonomischen Misere von dieser Entfaltung weitgehend „verschont“.

Nach Abschluß des Wiederaufbaus trat auch die Bundesrepublik wieder unter die normalen Bedingungen des Kapitalreproduktionsprozesses auf überhöhter Stufenleiter der Akkumulation und erkrankte ebenfalls an der typischen Misere der Überakkumulation bei – wie für Gesamteuropa – verminderten Möglichkeiten des imperialistischen Ausgleichsmittels, des Kapitalexports. Unter diesen Umständen konnten sich erste Ansätze von Klassenbewußtsein und damit Klassenkämpfen von unten entfalten.

Wie gut die herrschenden Kreise der BRD diese Tendenz begriffen, zeigt die folgende Entwicklung. Das Zuckerbrot war aufgeessen, die Peitsche mußte her: Notstandsgesetze, die unzähligen Gesetze und Verordnungen zur Unterdrückung politischer Betätigung in Betrieben, Schulen und Hochschulen, die Berufsverbote, Bundesgrenzschutzgesetz, Ausrüstung der Polizei mit Handgranaten, Schnellfeuergewehren und Panzerwagen! (Wir erwarten mit mäßiger Spannung die Erprobung dieser Instrumentarien bei der Verfolgung von Kaufhausdieben oder Bankräubern durch die Bochumer Innenstadt!), die spezifische politische Indoktrination junger Polizeibeamter, die zunehmende Hetze der Massenmedien gegen Sozialisten usw.

Die Bedeutung der RAF

Wer also meint, die parlamentarische Form bürgerlicher Herrschaft sei gegenüber der faschistischen Diktatur mit Händen und Füßen zu verteidigen, der hat damit zweifelsfrei recht, wenn er aber meint, dieser Parlamentarismus würde durch Aktionen wie die der RAF ausgehöhlt, so hat er damit zunächst einmal genauso zweifelsfrei unrecht.

Die parlamentarische Demokratie wird vielmehr, wie wir oben angedeutet haben, ihrer Funktionen beraubt durch das monopolistisch organisierte Großkapital im allgemeinen und in besonderen in der BRD. Es ist dies eine Tendenz des Kapitalismus, wie sie sogar von bürgerlichen Wissenschaftlern bedauert wird.

Die Aussage, daß die RAF die Stärkung einer zentralisierten, nahezu unkontrollierbaren Staatsgewalt, den Polizeistaat und seine Repressionen provoziert, wird auch dadurch nicht richtig, daß sie tausendfach wiederholt durch den liberalen Blätterwald rauscht.

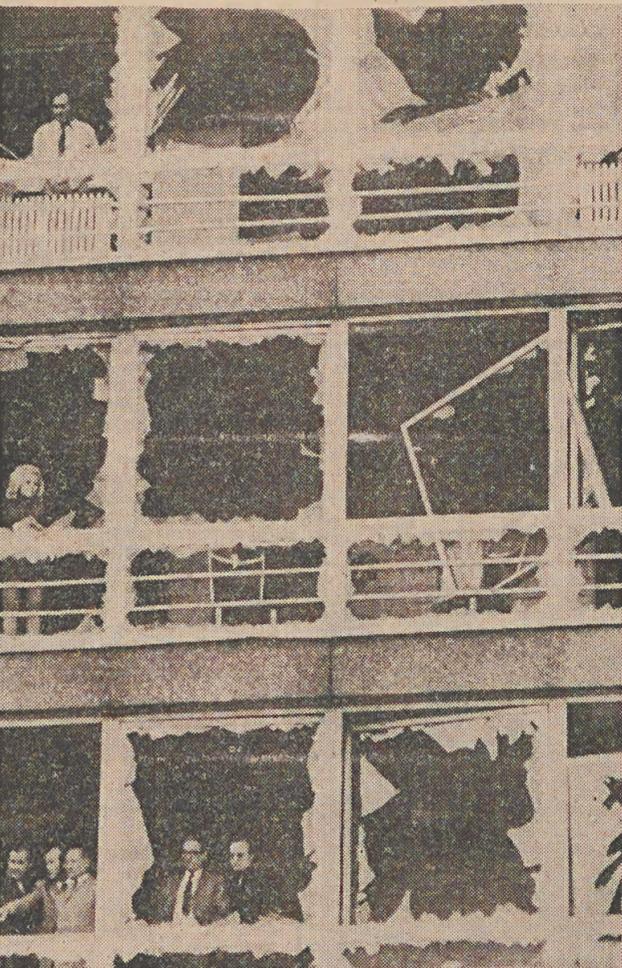
Die Geschichte der Repressionen gegen Sozialisten begann lange vor der Existenz der RAF und wird mit dem Sterben der RAF alles andere, nur nicht ihr Ende finden, weil diese Repressionen sich nicht gegen die RAF richten, sondern gegen die politische Linke und tendenziell gegen die gesamte lohn- und gehaltsabhängige Bevölkerung. Wer sollte auch versuchen, mit Berufsverbote die RAF zu schlagen?

Aber diese Repressionen haben einen wesentlichen Nachteil: sie politisieren! Sie provozieren Solidarität! Wir alle kennen diese Solidarität, wie sie spontan entsteht, wenn Mitglieder der KPD-ML durch den Werkschutz am Verteilen ihrer Zeitungen vor den Werkstoren gehindert werden und sich dann ein Großteil der Arbeiter mit den Verteilern, die über alles andere als eine Massenbasis verfügen, solidarisieren, wenn in Heidelberg der SDS, in Berlin Seminare der Roten Zelle Germanistik verboten werden.

Erinnern wir uns der politisierenden Wirkung bei breiten Bevölkerungsschichten während der Debatte um die Notstandsgesetze, der Politisierung durch die Berufsverbote, die politische Unterdrückung durch die Ausrüstung der Polizei, der Politisierung durch die Diskussion um das Bundesgrenzschutzgesetz.

Erinnern wir uns auch daran, daß nach dem KPD-Verbot bei der Aushebung einer noch arbeitenden Betriebszelle beim Bochumer Verein sich 3000 Arbeiter mit der Polizei herumschlugen.

Diese Repressionen werden von großen Teilen der Bevölkerung relativ leicht als diktatorische Maßnahmen gegen sie selbst begriffen – und dadurch politisieren sie. Die herrschenden Kreise versuchen daher mit allen Mitteln, den wahren Charakter ihrer Repressionen zu verschleiern.



Die politisch schwachsinnige und perspektivlose Bomberei . . .

Aber wie läßt sich schon rechtfertigen, daß Vietnam-Demonstrationen verboten werden, daß nach der Kommunalgesetzgebung in Bochum das Kleben von Plakaten und Verteilen nicht genehmigter Flugblätter mit 1000 DM (tausend) Ordnungsstrafe belegt werden kann? Wie soll man schon die Handgranaten und Panzerwagen der Polizei rechtfertigen, vor der Bevölkerung und vor den Polizeibeamten selbst, und damit in ihrer Wirkung auf das Bewußtsein der Massen entpolitisieren, wenn jedermann weiß, daß die Anwendung solcher Waffen nur Sinn bei großen Menschenansammlungen hat?

In dieser Situation nun tritt die RAF auf mit ihren Aktionen, mit Bomben. Mit Aktionen, deren Sinn

der Bevölkerung nicht mehr vermittelt werden kann zum einen, weil sie keinen Sinn haben, zum anderen, weil, wenn sie einen Sinn hätten, die Information darüber über die Massenmedien nicht geleistet werden könnte (eine Tatsache, die zu bejammern nichts nützt, sondern die in die Strategie einzubauen ist).

Mit Aktionen, die Menschenleben fordern, dazu noch unschuldige und sinnlos. Aktionen, die daher von rechten Massenmedien nur zu gerne aufgegriffen werden, um den Alltag zu verunsichern, um Angst vor dem roten Terror zu verbreiten und diesen Terror mit der gesamten sozialistischen Bewegung in Zusammenhang zu bringen.

Jetzt kann der Bevölkerung verdeutlicht werden, daß die Repressionen, die Stärkung der Staatsgewalt, der Weg zum Polizeistaat sich gar nicht gegen die Arbeitenden richtet, sondern gegen einzelne Terroristen und eine Gruppe von Sozialisten zum Schutze der Bevölkerung.

Die Aktionen der RAF können instrumentalisiert werden zur Entpolitisierung der Repressionsmaßnahmen, mehr noch, um in der Bevölkerung selbst den Ruf nach einer starken Staatsgewalt zu provozieren.

Es gibt nun Leute, die kreiden diese Instrumentalisierung der bürgerlichen Öffentlichkeit an. Haben sie von der denn etwa etwas anderes erwartet, wenn schon an der RUB der „contrapunkt“ genau das gleiche tut? Diese bürgerliche Manipulationsmechanismen müssen aufgezeigt werden – zweifellos! Aber wir müssen uns auch mit jenen auseinandersetzen, die die Instrumentalisierung der Aktionen zur Entpolitisierung der Repressionsmaßnahmen durch die Aktionen erst ermöglichen. Und diese müssen sich sagen lassen, daß ihre Praxis falsch ist, eben weil sie sich



instrumentalisiert. Hier muß gesehen werden, daß die Möglichkeit der Instrumentalisierung eng zusammenhängt mit dem Inhalt der Praxis, danach, ob dieser Inhalt den Interessen der Arbeitenden letztlich dient oder nicht.

Wenn Sozialisten die Vergesellschaftung der Produktionsmittel fordern, so wird dies in der Regel dahingehend instrumentalisiert, daß jeder Arbeiter Angst vor der Enteignung seines Schrebergartens oder seines Buntfernsehgerätes bekommt. Durch geduldige Agitations- und Propagandarbeit ist dieser Spuk mittlerweile bereits weitgehend aus den Köpfen verschwunden. Dies war nur möglich, weil zur Instrumentalisierung eine bewußte Verdrehung der Forderung nötig war, die aufgezeigt werden konnte – aber die Bomben sind real explodiert – und weil nach die-



ser Aufdeckung klar zutage tritt, wessen Interessen diese Forderung dient. Dagegen dürfte es schwer sein aufzuweisen, daß die Bomben den Interessen der Arbeiterklasse dienen. In ihrem objektiven Resultat bestimmt nicht, wie aufgezeigt wurde. Wohl nur in der subjektiven Absicht.

Welche Funktion im Rahmen gesellschaftlicher Auseinandersetzung gibt sich die RAF also selbst?

In ihrer letzten theoretischen Veröffentlichung „Stadtguerilla und Klassenkampf“ bringt die RAF zum Ausdruck, daß sie ihre Funktion darin sieht, die Idee des bewaffneten Kampfes durch ihre bloße Existenz außerhalb der Klassenkämpfe in die Klassenkämpfe zu tragen. (S. 48).

Dies versucht das System mit aller Gewalt zu verhindern und wird dadurch gezwungen, seine Kriegsvorbereitungen offen aufzulegen (S. 33), denn der bewaffnete Klassenkampf wäre die Revolution. Die Revolution entwickelt sich dialektisch aus der Konterrevolution, indem es darum geht, die reaktionäre Militarisierung in eine revolutionäre umzuwandeln (S. 46).

Dies soll erreicht werden durch das exemplarische Vorbild. Die Bereitschaft der Massen zu dieser Revolutionierung schlummert bereits in den Massen (S. 46-49).

Zusammengefaßt: Durch die Militarisierung wird die Revolution vorangetrieben. Die RAF legt durch ihre Existenz und ihre Aktionen die Militarisierung offen: Leistet dadurch ihren Beitrag zur Revolutionierung, d. h. Militarisierung der Klassenkämpfe.

Wir wollen hier nicht auf sämtliche Fehleinschätzungen der RAF eingehen (z. B. Bereitschaft der Massen), sondern die Kritik auf das Wesentliche beschränken:

Während die RAF das Ziel hatte, die Militarisierung der Gesellschaft gegen das Proletariat offenzulegen, führte ihre Praxis im Gegenteil dazu – wie oben gesagt wurde – diese Militarisierung als Militarisierung gegen das Proletariat zu verschleiern, sie vielmehr zu rechtfertigen und ihr die politisierende Kraft zu nehmen.

Diese Fehleinschätzung resultiert aus einer Unkenntnis des gesellschaftlichen Grundzusammenhanges, an dem allein Klassenbewußtsein sich entwickelt. Als solchen Grundzusammenhang weist die Marx'sche Theorie für die gegenwärtige Gesellschaft das Kapitalverhältnis auf, während die RAF ihre Theorie entfaltet an einer spezifischen Absicherungs-, d. h. Herrschaftsform dieses Verhältnisses, nämlich der Militarisierung.

Die RAF bekämpft (also) nicht die kapitalistischen Produktionsverhältnisse, sondern die Maßnahmen, die diese Verhältnisse schützen sollen, wobei sie nicht einmal diese Maßnahmen erfolgreich bekämpfen, sondern im Gegenteil deren schützenden Charakter zu verschleiern helfen.

Schlussfolgerung des Gesagten: die RAF muß weg von der politischen Bühne. SAG

Herrschaft und Ausbildung

Fortsetzung von Seite 6

Daß der bürgerliche Staat natürlich nicht kapituliert, sondern verstärkte Repressionen und Elitebildungsstätten neuer Qualität einsetzt, haben die Ereignisse der letzten Zeit deutlich gemacht.

Dabei müssen wir uns jedoch klar werden, daß die momentan relevantesten Maßnahmen, nämlich gegen einzelne Personen gerichtete Disziplinierungsmaßnahmen, um mit den Personen bestimmte politische Inhalte – Kritik an der bürgerlichen Gesellschaft – vom Ausbildungssektor fernzuhalten, nur als Spitze eines Eisbergs sichtbar sind und daß sich die Bildungspolitik des bürgerlichen Staates weiterer Mittel bedient, deren Wirksamkeit nicht zu unterschätzen ist.

Fachaufsicht über die Universitäten durch den Staat, zentralisierte Studienreform nach § 60 HRG bedeuten strikte inhaltliche Reglementierungen. Die wahrscheinlich demnächst obligatorische (so die Empfehlung des Wissenschaftsrates) studienbegleitende Studienberatung (§ 39 HRG) ist geeignet, die Resultate ideologischer Indoktrination laufend zu überprüfen.

Bleibt dann nur noch das Ordnungsrecht. Die Relegationen in Bonn haben ein Signal gesetzt. Das Streuben der SPD gegen das Ordnungsrecht und HRG, bedingt durch den eigenen Anspruch, kapitalistische Hochschulreformen als gesellschaftlichen „Fortschritt“ verkaufen zu wollen, wird sich zu diesem Zeitpunkt, wo der Klassencharakter dieser Reform nicht mehr durch Fortschrittsgeschwätz zu vertuschen ist, in seinem wahren Charakter zeigen, nämlich als nur scheinbares Streuben.

Die Unterteilung in Kurz- und Elitestudien dient weiterhin neben der notwendigen Abstufung der Qualifikation auch zur Hierarchisierung der Herrschaftsstruktur. Kinder aus dem Proletariat und den unteren kleinbürgerlichen Schichten, die auf die Finanzierung der Ausbildung durch das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAFöG) angewiesen sind, werden wohl kaum in den Genuß eines längerfristigen Studiums kommen. Nach § 7 BAFöG wird nur bis zum „berufsqualifizierenden Abschluß“ gefördert, der lt. § 34 II, III HRG

in der Regel nach 6 Semestern erreicht werden soll. Im gleichen Zusammenhang sind auch die Bestrebungen zu sehen, wonach Forschung und Elitestudiengänge aus dem unruhigen Klima der „ordinären“ Hochschulen ausgelagert werden.

Um von vornherein die Organisierung politischer Arbeit an den Universitäten zu unterbinden, geht natürlich der Angriff der Herrschenden auch gegen die verfaßte Studentenschaft, insbesondere gegen das Beitragshebungsrecht. Angesichts der Tatsache, daß die verfaßte Studentenschaft 1933 von den Faschisten eingeführt wurde, auch in den fünfziger Jahren gerade von den Rechten das politische Mandat des AstA betont wurde, wird es ziemlich klar, inwieweit sich die Stellung des Studenten und die Funktion der Reproduktion von Herrschaft durch den Ausbildungssektor gewandelt hat.

In der nächsten BSZ setzen wir gerade an diesem speziellen Punkt weiter an.

links

Sozialistische Zeitung

bringt monatlich auf etwa 24 Seiten Aktionsmodelle, Beiträge zur sozialistischen Theorie und Strategie, Berichte aus der Linken international.

„links“ ist illusionslos, undogmatisch – eine Zeitung für Theorie der Praxis und für Praxis der Theorie.

Einzelpreis DM 1.20
Bezugspreis, jährlich, DM 15.–
Probenummern bei
Sozialistisches Büro,
605 Offenbach 4, Postfach 525.

Probenummer anfordern bei
Sozialistisches Büro,
605 Offenbach 4, Postfach 591

Täglicher Schweinkram in der Cafeteria

Ich habe ganz einfach keine Lust mehr, mir dieselbe Sauerei tagtäglich anzusehen, ohne jetzt etwas an dieser Stelle dazu zu sagen:

Es handelt sich um Berge von leergetrunkenen Pappbechern, Kuchen- und Würstchenuntersetzern, mehr oder weniger abgeleckten Löffeln und Gabeln, unappetitlichen alten Servietten, die auf den Tischen der Cafeteria im GC-Gebäude herumfliegen und von den Mitkommilitonen nicht dorthin befördert worden sind, wo sie hingehören. In die ziemlich großen, eigens dafür aufgestellten blauen Plastiksäcke. Zum großen Teil liegt der ganze Mist auch auf der Erde, von wo ihn täglich die Putzfrauen aufheben müssen.

Ich frage mich, ob das nötig ist, ob so mancher, der an diesen Tischen Platz nimmt, wirklich überfordert wäre, wenn er seinen Abfall in die Müllsäcke tragen würde.

Ich möchte kein großes Gezeter abhalten, mich auch nicht lang und breit über die Kinderstube meiner Mitstudenten wundert, sondern alle, die ihr wohlverdientes Püschchen in der Cafeteria verbringen, gezielt auf diese Mißstände hinweisen, die mit ein wenig gutem Willen und Rücksichtnahme gegenüber den ohnehin schon arg strapazierten Putzfrauen aus der Welt zu räumen wären.

Übrigens fragte ich kürzlich einen Herrn, der die Handtuchautomaten auf der Toilette auffüllte, was er dazu meine. Er sagte, er hätte, als er gesehen hatte, daß Studenten den ganzen auf einem Tisch vergessenen Schweinkram mit

einer Handbewegung auf den Boden legten, sie gefragt, was sie sich dabei dachten und als Antwort erhalten: „Seien Sie man ganz schön ruhig, sie sind ja schließlich dafür da, das hier wegzumachen.“

Ich glaube, hierzu erübrigt sich wirklich jeder Kommentar!!!

Es bleibt noch zu sagen, daß mir diese Mißstände auch schon in anderen Cafeterien und in der Mensa aufgefallen sind.

Liebe Kommilitonen, zeigt Euch ein wenig menschenfreundlicher und sorgt dafür, daß diese Schweinerei ein Ende findet.

Ich möchte nicht vergessen, darauf hinzuweisen, daß der ganze Abfall tatsächlich in die Plastiksäcke hineinpaßt, wenn man von oben ein wenig preßt, wenn man auch beispielsweise mehrere Pappbecher ineinanderstellt. Jöbö

schallplatten kaufen Sie im



Bochum, Kortumstr. 93



... wird instrumentalisiert zur Rechtfertigung der militärischen Aufrüstung der Polizei

Die BSU und der Kampf um die Erhaltung der verfaßten Studentenschaft

Im Wahlkampf zum Satzungskonvent (SK) hat die BSU immer wieder verbal geäußert, sie werde sich gegen die Abschaffung der verfaßten Studentenschaft stellen. Daß diese Äußerung nur ein laihes Lamento ist und daß sich die BSU in ihrer praktischen Arbeit gerade gegen die verfaßte Studentenschaft stellt, zeigt sich (unter anderem) besonders am letzten „Contrapunkt“ (Organ der BSU).

Da sind einmal die Anwürfe speziell gegen diesen linken AstA („ASTA provoziert die Polizei“). Zuerst einmal wird die Reparatur eines Autos und dessen anschließendes Anschleichen vor dem Polizei-Präsidium im Bildzeitungs-Stil zu einer „Provokation der Polizei“ umfunktioniert.

Dann (weiter im Bild-Stil) wird das Vorgehen der Polizei gegenüber den drei Genossen, das jeder rechtlichen Grundlage entbehrt, zu einem „Überprüfen der Personalien“ verniedlicht, wozu die Polizei „nicht nur das Recht, sondern die Pflicht“ hat. Legalisieren wir nicht nur alles, was die Polizei sich an Schweinereien gegenüber Oppositionellen erlaubt, sondern machen wir es zu deren Pflichten, und wir haben den schönsten Polizeistaat.

Der gute Gründer (der Autor) ist wohl noch nie von Bullen mit entschärfter Knarre aus einem Auto geholt worden, sonst wüßte er, wie schön das ist. Allerdings scheint die Meinung über diese polizeilichen Maßnahmen in der BSU geteilt zu sein, denn Contrapunkt-Chefredakteur Reimann schreibt an anderer Stelle Artikel gegen gerade diesen Polizeierror.

Neben diesen Anwürfen schießt sich die BSU jedoch immer mehr auf die verfaßte Studentenschaft in toto ein. Paradebeispiel hierfür ist der Artikel von besagtem Gründer im Contrapunkt 25: „Interessen von Studenten und Studentenvertretern zunehmend divergent?“ Daß der Artikel diese Frage bejaht ist klar, handelt es sich doch nicht um einen BSU/AStA. Die BSU, die ständig von Toleranz redet und dennoch im Namen angeblich dieser Toleranz linken Hochschulguppen die Existenzberechtigung verweigert, die deren angeblichen Alleinvertretungsanspruch geißelt, um ihren Alleinvertretungsanspruch, der in jedem Contrapunkt ganz deutlich wird, zu kaschieren, agitiert gegen Marxistinnen ohne jene Argumente, ohne jene kritische Reflexion, die sie ständig beschwört.

Wo sie die Linken ständig zu packen versucht, ist die Frage des Geldes. Also keine politische Kritik an den Aktionen des AstA, keine Untersuchung, was mit den Geldern der Studenten nun wirklich geschieht, sondern schlicht und einfach die Feststellung: „Wir haben es bei dieser Art von politischen Subjekten mit Menschen zu tun, die sich auf Kosten anderer vergnügen, bereichern und sich noch totlachen über die Dummheit der-

jenigen, die ihnen das Geld ohne Rechenschaft zu fordern, in den Hals werfen.“

Die reine Demagogie dieser Zeilen muß jedem politisch Denkenden in die Augen fallen, für solche ist er aber auch nicht geschrieben, sondern er versucht unpolitischen Kommilitonen einzutrichtern, daß die 27.-DM, die sie jedes Semester für ihre verfaßte Studentenschaft bezahlen, den Linken dazu dient, sich ein schönes Leben zu machen. Eine Lüge, die wohl selbst Gründer nicht glaubt.

Warum aber lügt die BSU an solchen Stellen so widerlich? Es erschiene doch unklug, als Gruppe, die in den AstA will, Studenten aufzuhetzen eben dagegen, daß dieser AstA überhaupt Geld bekommt. Wie ist dann aber der Satz zu verstehen: „Wenn man davon hört, daß da jemand (dieser jemand ist der AstA: d. Red.) jährlich 500 000 Mark Zwangsbeiträge entreiben soll und dieses Geld, das zu bezahlen manchem schwer gefallen ist, nach eigenem Gusto zum Fenster rauswirft, ohne zu fragen, was der einzelne an Wünschen mit der Entrichtung seines finanziellen Beitrages verbindet, so ist man geneigt anzunehmen, daß es sich bei diesen um einen Ausbeuter handelt.“

Keine Rede davon, daß der AstA Endresultat einer Wahl ist, keine Rede davon, daß er materielle Interessen der Studenten auch tatsächlich vertritt, sondern ein genereller Angriff aus Asten überhaupt, weil diese auch Geld bekommen.

In einer Zeit, da Asten aufgelöst werden (Berlin) und werden sollen, ihre Mittel gestrichen werden (Tübingen), da es also darauf ankommt, mit allen Mitteln um die Erhaltung der verfaßten Studentenschaft zu kämpfen, kann dieser Contrapunktartikel nur ein Schuß in die Gegenrichtung sein, nämlich Agitation zur Auflösung der verfaßten Studentenschaft.

PS: Die SAG hat mit ihrer großen Mitgliederzahl Schwierigkeiten, die Mittel für ihren Wahlkampf aufzubringen. Wieviel Mitglieder hat die BSU? Vielleicht 15?

Und bringen diese 15 Mitglieder vielleicht die Mittel auf, um den sicherlich sehr viel teureren Wahlkampf (vgl. letzte SP-Wahlen) der BSU zu finanzieren (oder auch den Contrapunkt, der auch nicht billig ist)? Oder bekommt die BSU vielleicht Geld von 3. Seite, z. B. der Industrie? Wenn ja, warum tun die das wohl?

ben das Volk schon so lange bestohlen, daß bei ihnen genug ist.

Noch eine BSZ wie diese, dann können die Genossen aus der SAG mit den BSZ-Heinis anfangen, die UZ zu vervielfältigen.

Es lebe die bewaffnete Solidarität! Ruhr Tupamaros

dpa meldet:

der bekannte deutsche politiker franz-josef s. hat — wie heute vom bundeskriminalamt (bka) wiesbaden offiziell bestätigt wurde — die ehemalige baader-meinhof-bande bei der herstellung und beschaffung von bomben, maschinengewehren etc. finanziell unterstützt.

s. fungiert als verbindungsman zwischen westdeutschen indus-triekreisen und der bm-bande, wenn er auch die toten und den sachschaden bedauert, so sei doch seine absicht gewesen, die gefahrlichkeit dieser terroristenbande einer weiten öffentlichkeit klar zu machen; darüber hinaus seien durch anschlüge und attentate endlich auch „die moskauhörigen marionetten des brandt-regimes“ aus ihrer tatenlosigkeit aufgeschreckt worden, wie die letzten erfolge der polizei zeigten.

wie unser korrespondent weiter erfuhr, haben sich franz-josef s. und die terroristen in der zeit zwischen september 1970 und mai 1972 mehrmals zu gesprächen auf s.' landsitz in der nähe münchens getroffen. dabei habe er versucht, die anarchistinnen von ihrem plan abzubringen, banken in bayern zu überfallen, als „schadenersatz“ habe er die entführung von dr. rainer b. vorgeschlagen. dies sei jedoch von den desparados abgelehnt worden mit der begründung, daß sie nicht in parteiinterne auseinandersetzungen eingreifen wollten. H. Schönig

Internationale Marxistische Diskussion

Arbeitspapiere

No. 5

Merve Verlag



POLITISCHE UNTERDRÜCKUNG AN DER FREIEN UNIVERSITÄT VOM 24.-26.4.1972

Referate und Diskussionen DM 5.-
Erhältlich in der Politischen Buchhandlung
Bochum, Overbergstraße 5

Noch einmal zum Thema Trampen:

Die beiden Verfasser der Leserbriefe aus der BSZ Nr. 95 haben Dinge ausgesprochen, die von mir in meinem Artikel in Nr. 94 nicht genug berücksichtigt worden sind. Ich habe tatsächlich ein wenig zu sehr aus der Perspektive des armen Trampers geschildert. Nun gut, hiermit gehe ich — und das muß sein — auch auf den armen Autofahrer ein:

Es müssen von zuständiger Stelle, das wäre in diesem Fall der AstA, die Tramperbahnhöfe ausgebaut, d. h. die Schilder müssen näher an den Uni-Gebäuden aufgestellt werden.

Damit wäre gewährleistet, daß fortan jeder Tramper unter einem Schild steht, das dem herannahenden Autofahrer anzeigt, wohin er will. In diesem Zusammenhang wäre es sinnvoll, zusätzliche Schilder mit weiteren Zielen wie etwa „ASTA“ an den G-Gebäuden, bzw. „G-Gebäude“ an den Baracken aufzustellen.

Sollte also demnächst jeder unter einem Schild stehen, werden auch nicht mehr Leute wie die beiden Leserbriefschreiber am armen Tramperlein vorbeifahren. (Hoffentlich!)

Den Trampem sei hierbei noch gesagt, daß nicht jeder Autofahrer nicht mitnehmen will, wenn er mit der Hand nach rechts oder links winkt. Das heißt nämlich recht häufig, daß er nach rechts oder links abbiegt, ein Mitnehmen sich also nicht lohnt.

Ich hoffe, daß hiermit über dieses Thema genug gesagt wurde und in nächster Zeit Voraussetzungen geschaffen sind, die das Trampen erleichtern.

Buch im AstA-Bus
lieggelassen.
Röhr-Bartels,
The English Companion's
Modern Grammar
Diesterweg-Verlag
Liegenlasser bitte im
AstA-Sekretariat, Bar. 1,
Zimmer 17, melden.

Gruppe Technik
sucht Maschinenbauer
für Projekt
Technische Hilfe
für Mozambique.
Telefon:
70 26 65 oder 6 55 72

Gruppe Technik
übernimmt
Autoreparaturen.
Heintzmannstraße 60
Telefon:
70 26 65 oder 6 55 72



Wo zum Geier sind die Schilder?

Die Chronik

26. Mai: In Köln werden mehrere griechische Antifaschisten, die nicht nur antifaschistisch herumreden, sondern den Faschismus in ihrem Land aktiv bekämpfen wollten, zu je einem Jahr Gefängnis wegen Sprengstoffbesitz verurteilt. Die Zusammenarbeit klappt.

27. Mai: Die IG Metall hat innergewerkschaftliche Verfahren eingeleitet, die offensichtlich darauf hinauslaufen, linke Kandidaten bei den Betriebsratswahlen, die nicht (wie die DKP) auf den IGM-Listen kandidierten, auszuschließen.

Die Gewerkschafter hatten als „Oppositionelle Gewerkschafter in der IGM“ in verschiedenen Betrieben eigene Kandidaten aufgestellt und z. B. bei Opel/Bochum fünf Kandidaten in den Betriebsrat gebracht. Die Verfahren sind die Reaktion der Gewerkschaften auf Erfolge von Sozialisten in den Betrieben.

30. Mai: Horst Mahler und Günter Amendt werden dazu verurteilt, zusammen mehr als 100 000 DM an Springer zu zahlen. Dies soll die Schäden decken, die bei den Demonstrationen nach dem Dutschke-Attentat 1968 am Berliner Springer-Hochhaus entstanden.

30. Mai: NRW-Ministerpräsident Kühn (SPD) verkündet, Gesinnungsschnüffelei bei Beamtenanwärtern gebe es nicht, teilt aber gleichzeitig mit, daß die Bewerber sich allerdings schriftlich verpflichten müssen, für die freiheitlich-demokratische Grundordnung unseres Staates einzutreten“ (WAZ).

30. Mai: Die Staatsanwaltschaft in Berlin stellt das Verfahren gegen den Kriminalhauptmeister, der im Dezember 1971 Georg von Rauch erschoss, ein. Er habe in Notwehr gehandelt, lautet die schon oft gehörte Begründung.

30. Mai: Amerikanische Militärpolizei zerschlägt in Schweinfurt gewaltsam eine Demonstration amerikanischer Soldaten gegen den Vietnamkrieg und verhaftet viele GIs.

31. Mai: Polit-Lehrender an der Abt. VIII und SPD-MdL Hereth lehnt alle, auch punktuelle Aktionen mit „Kommunisten aller Schattierungen“ ab.

2. Juni: Der WDR berichtet in der Sendung „Mittagsmagazin“, daß Beamte des US-Geheimdienstes CIA sich an der BM-Hatz auf Deutschlands Straßen beteiligen und prompt einen Wagen Unschuldiger stellen. Die Beteiligung des CIA wird in der Presse jedoch nicht erwähnt.

2. Juni: Bonn will nach den Haushaltsberatungen wieder Militärhilfe an die griechischen Faschisten ausschütten. Aus dem Bericht einer griechischen Zeitung ging einige Tage früher bereits hervor, daß die Militärhilfe schon seit längerem, wenn auch verdeckt, wieder erfolgt.

2. Juni: Innenminister Genscher verbietet Vertretern der provisorischen revolutionären Regierung Südvietnams die Einreise in die Bundesrepublik.

3. Juni: Weil vier mutmaßliche Autodiebe in Berlin gegen einen sie verfolgenden Polizeibeamten nach dessen Aussage eine „drohende Haltung“ einnahmen, schießt der Beamte auf sie. Zwei von ihnen werden mit lebensgefährlichen Verletzungen ins Krankenhaus gebracht. Treffer des Polizisten: in Brust und Bauch.

6. Juni: FU-Präsident Kreibich setzt erstmals während seiner Amtszeit die Polizei gegen Studenten ein, die die Schließung eines Gebäudes der FU verhindern wollen.

6. Juni: In Stadt Allendorf beabsichtigt der größte ansässige Betrieb, eine Strumpffabrik, die Schließung. 500 Arbeiter und Angestellte werden voraussichtlich ihren Arbeitsplatz verlieren.

6. Juni: Zwei Gerichtsurteile:
● Ein Dachdecker kündigte, nach einigen Aussagen unter Alkoholeinfluß, Bomben-Explosionen an. Obwohl kein Schaden entstand, verurteilt ihn ein Düsseldorf Schnellgericht zu zehnmonatiger Haft ohne Bewährung.

● Am gleichen Tag wird in Frankfurt ein 62jähriger Mediziner, der 1940 dabei half, Tausende von Geisteskranken in die Gaskammern zu schicken, freigesprochen. Die Verurteilung wegen Mordbeihilfe wird abgelehnt, da dem damals 30jährigen „kein Unrechtsbewußtsein nachzuweisen“ sei.

6. Juni: Der Kern einer Änderung des Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung in Niedersachsen sieht vor, daß Polizisten „künftig auch dann ohne vorherige Warnung schießen dürfen, wenn dabei Geiseln, Passanten oder andere Unbeteiligte gefährdet sind, für spätere Schadensersatzforderungen will das Land aufkommen.“ (WAZ).

7. Juni: In mehreren Zeitungen findet sich die — allerdings kleine — Notiz, daß schon seit einiger Zeit und „unbemerkt von der Öffentlichkeit“ ca. 40 Spezialagenten des FBI in der Bundesrepublik tätig sind, angeblich, „um amerikanisches Eigentum zu schützen“.

7. Juni: Etwa 350 krankfeiernde Beschäftigte einer Essener Ruhrkohlen-Zeche erhalten vom Personaldirektor der Zeche die schriftliche Aufforderung, in Zukunft gefälliger weniger oft krank zu sein, „da wir sonst ... leider auf ihre Mitarbeit verzichten müssen“.

8. Juni: „Alle verfügbaren Mittel“ will der Freiburger Uni-Rektor Steinlin gegen studentische „Störer“ des Uni-Betriebs einsetzen, also droht in Freiburg permanenter Polizeieinsatz gegen fortschrittliche Studenten. Der Senat nahm diese Ankündigung mit starkem Beifall auf.

8. Juni: Wieder ein Bomben-Alarm-Urteil, wiederum hatte der Angeklagte nachweislich unter Alkoholeinfluß eine Kaserne bedroht. Urteil: sechs Monate Gefängnis ohne Bewährung.

9. Juni: Wegen Befehlsverweigerung wurde ein 21jähriger Gefreiter von seinem Kompaniechef verklagt, weil er sich weigerte, sich die Haare stutzen zu lassen. Er wird zu sechs Wochen Jugendarrest ohne Bewährung verurteilt.

Kaufen Sie
Tabak · Zeitungen
Spirituosen
Lebensmittel
Brot + Backwaren
Trinkhalle Kothhoff
(Mensaparkplatz)
Neu:
Busfahrkarten aller Art

SPEKTRUM

Bochum — Nordring 65 — Telefon 1 67 35

		Nicht-mitgl.	Stud.
Samstag 17. 6. 72	BRIAN & PHYLIS MOONEY, Sidney		
20 Uhr	Australian Folk	5,-	4,-
Samstag 24. 6. 72	TENDERNESS, Köln		
20 Uhr	Country-Rock	4,-	3,-

Mittwochs von 17.00 bis 19.00 Uhr KOSTENLOSE BERATUNG FÜR WEHRUNWILLIGE
Täglich ab 19.00 Uhr für jedermann geöffnet.

Reifen-Dornhardt
Reifenfachhändler
Runderneuerungs- und Vulkanisierbetrieb
Deta-Batterielager
Sonderpreise für Uni-Angehörige
463 Bochum
Wittener Str. 449 · Ruf 55 03 68
gegenüber Opel-Eingang I

B S Z
Herausgeber und Verleger:
Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität, Reinhard Greeven (SHB), Bernd Bekemeier (SAG), Anton-Loszlo Ostfalk (SHB), Hannes Sanger (SAG), Klaus Rothfahl (SAG).
Redaktion: Jörk Böhnk, Heinz Schlinkert (SHB), Harald Jung, Michael Dornieden (SAG).
Anschrift: 463 Bochum, Lennershofstraße 60, Auflage 10 000 Exemplare.
Anzeigenleitung: Hajo Mulsow.
Druck: Schürmann & Klages, 463 Bochum, Hans-Böckler-Straße 12-16.
Mit Namen oder Pseudonym gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Alle Rechte beim Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität, 463 Bochum, Lennershofstraße 60, Tel. 70 18 55 u. 71 24 16.

Achtung! Die letzten Plätze an der Sonne sind noch zu haben!
Österreich, Ungarn, Rumänien und Skandinavien gute Buchungsmöglichkeiten!
Wochenendreisen zum Baden in der Nordsee mit Hotel in Amsterdam ab Bochum nur DM 39,-.
Nächster Termin 24./25. Juni, nur noch wenige Plätze frei!
Beratung und Buchung:
Studenten-Reisedienst Bochum
Lennershofstraße 66, Baracke 9 (hinter der alten Mensa)
Telefon 7139 80